

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 81 — 1. Jahrgang

Saarbrücken, Freitag, 22. Sept. 1933

Chefredakteur: M. Braun

Man muß nicht alles aufrührerisch sein lassen, was die Bluthunde aufrührerisch schelten. Denn damit wollen sie aller Welt das Maul und die Faust binden, daß sie niemand weder mit Predigen strafen noch sich mit der Faust wehren soll und sie ein offenes Maul und eine freie Hand behalten.

Martin Luther.

Reichsgericht hat begonnen

Der erste Prozeßbericht aus Leipzig

Der Beginn des Prozesses gegen die angeblichen Reichsbrandstifter in Leipzig zeigt eine Montreschau allerersten Ranges. Die Anlagenschrift umfaßt 15 Bände. Dieser gewaltige Umfang beweist, daß der Oberreichsanwalt Werner sich nicht auf die Untersuchung der eigentlichen Tat beschränkt, sondern daß der Hauptzweck des Prozesses nicht ein juristisches Urteil, sondern eine politische Demonstration ist. Es soll mit allen Mitteln vor der Welt der Beweis geführt werden, daß Deutschland am 27. Februar unmittelbar vor einer kommunistischen Revolution gestanden und Europa in Hitler und Göring die Ketten vor dem Bolschewismus dankbar zu grüßen hat. Darum hat man, was ein ungewöhnlicher Vorgang ist, auch Vertretungen verschiedener ausländischer Staaten eingeladen.

Selbstverständlich ist der Andrang von Journalisten und Zuhörern außerordentlich groß. Niemals sind bisher bei einem Prozeß vor dem Reichsgericht so viele Pressearten ausgedient worden. Duzende Fernsprecheinrichtungen sind für die Berichterstattung im Hause eingebaut. Ein Teil des Prozesses soll durch Rundfunk übertragen werden, ein Beweis mehr für die rein propagandistischen Absichten.

Umfassende Sicherheitsmaßnahmen sind getroffen. Die Fühnung des Prozesses liegt in den Händen des Senatspräsidenten Büniger. Das schon jetzt für das Gebäude des Reichsgerichtes bestehende Fotografierverbot wird strengstens gehandhabt werden. Jeder Besucher der Verhandlung muß sich am Eingange einer genauen Durchsichtung nach Waffen unterziehen lassen.

Für die Dauer des Prozesses ist der Luftverkehr über der Stadt Leipzig zum Luftsperrgebiet erklärt worden. Das Ueberfliegen ist nicht nur strafbar, sondern würde auch mit den schärfsten Mitteln verhindert werden, um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten.

Das äußere Bild

Dem Prozeß wohnen ebenfalls Frau Torgler und ein Stiefbruder van der Lubbe, T. C. Veute, bei. Die Zuschauerplätze im Saal sind auf der Empore und im Ru belegt, ebenfalls die Presseplätze. Beim Richtertisch, aber auch in der gegenüberliegenden Zuschauerempore sind Telefone, Filmapparate und mächtige Scheinwerfer eingebaut. Alle Tische sind mit grünem Tuch bespannt. Vor dem Platz des Vorsitzenden des Oberreichsanwaltes, der Angeklagten und der Verteidiger sind in flachen Köpfen Mikrofone montiert. Wenige Minuten vor 9 Uhr kamen die Scheinwerfer auf. Durch eine kleine Tür links neben dem türhelferförmigen Tisch des Gerichtes erschienen die Angeklagten: Zunächst der Holländer van der Lubbe in blauer Gefängnisfleidung mit Kesseln an den Händen, der in der ersten Reihe zu den Presseplätzen hin Platz nimmt. Rechts und links von ihm sitzen ein Polzei- und ein Justizwachmeister, neben ihm sitzt Ernst Torgler, der nicht gefesselt ist und seinen Zivilanzug trägt. Ebenso sind die Bulgaren in ihrer Zivilfleidung erschienen. Während van der Lubbe vor sich hinstarrt, sehen die anderen Angeklagten im Saal umher.

Vor den Angeklagten haben inzwischen die Verteidiger Platz genommen, das händliche Mitglied der Anwaltschaft beim Reichsgericht Seuffert, vor dem Hauptanwalter van der Lubbe, Rechtsanwalt Dr. Saef von Torgler und Dr. Leichert vor dem Bulgaren, die in der zweiten Reihe der Angeklagtenbank untergebracht sind. Dann betritt der Oberreichsanwalt in weißer Robe den Saal, dem in schwarzer Robe Oberlandesgerichtsdirektor Parisius assistiert. Durch eine hinter dem Richtertisch gelegene Tür, auf die sofort alle Scheinwerfer gerichtet werden, betritt der Gerichtshof um 9.10 Uhr den Saal, an der Spitze Senatspräsident Dr. Büniger, alle in der roten Robe mit dem weißen Väschen der Reichsgerichtsrichter.

Die Zuschauer erheben sich von ihren Plätzen und grüßen den Gerichtshof mit erhobener Rechte. Der Prozeß um die Reichsbrandstifter, auf den die ganze Welt mit Spannung gewartet hat, hat seinen Anfang genommen.

Um 9.15 Uhr erscheint das Gericht unter Führung des Senatspräsidenten Dr. Büniger im Saal. Prozeßbeteiligte und Publikum erheben sich von den Plätzen und begrüßen das Gericht mit dem deutschen Gruß. Senatspräsident Dr. Büniger eröffnet die Verhandlung und führt einleitend aus:

Das ungeheure Ausmaß des Ereignisses, das den Hintergrund dieses Verfahrens bildet, hat dazu geführt, daß der Gegenstand der Untersuchung in der Presse aller Länder leidenschaftlich mit einer alle anderen Weischnisse zeitweise überschattenden Eindringlichkeit behandelt worden ist. Man hat sich vielfach bemüht, das Ergebnis des noch schwebenden Verfahrens vorwegzunehmen. In einem solchen Verfahren und am wenigsten mit einer vorgefaßten Meinung einzugehen ist bisher nie üblich gewesen. Nicht nur in der deutschen sondern auch in der Justiz anderer Länder. Das zur Entscheidung berufene Gericht kann dieser Streit der Meinungen nicht berühren. Nur was in diesem Saale zur Verhandlung kommt, nicht was von unbenutzter Seite außerhalb geschieht, hat für die deutsche Rechtsprechung Bedeutung.

Das Bild der Verhandlung, fuhr der Senatspräsident fort, zeigt schon, daß die Öffentlichkeit nicht nur Deutschlands ohne jede Beschränkung zugelassen ist. Ich brauche nicht hervorzuheben, daß die Verteidigung der Angeklagten dem deutschen Recht und dem Brauch entsprechend unbedingt frei ist. Wenn Stimmen laut geworden sind, welche die Ablehnung der Zulassung ausländischer Verteidiger einer schweren Kritik unterzogen, so muß ich darauf hinweisen, daß nach dem deutschen Gesetz die Zulassung ausländischer Verteidiger nur eine Ausnahme darstellt und daß das deutsche Gericht keine Veranlassung sah, im Rahmen seiner unbeschränkten Ermessensfreiheit auch Gesuche zu genehmigen, die nach seiner Ueberzeugung nicht ausschließlich den Interessen der Angeklagten zu dienen bestimmt waren, sondern nicht frei waren von dem Gedanken der Ausbeute und Förderung von Mißtrauen gegen die souveräne deutsche Gerichtsbarkeit.

Das Gericht tritt dann in die Verhandlung ein. Der Präsident ruft die aus der Untersuchungshaft vorgeführten Angeklagten auf, die nacheinander aufstehen. Der Angeklagte Torgler verneigt sich dabei vor dem Gericht.

Weiter werden die Verteidiger und die beiden Dolmetscher für die holländische und bulgarische Sprache aufgerufen. Als Sachverständiger ist zunächst nur Geheimer Medizinalrat Dr. Bonnhofer anwesend.

Von den 120 Zeugen sind zum ersten Verhandlungstage nur sechs geladen, einige Volksgenossen und Hauptwachmeister, sowie ein Wohlhabenspleger. Sie werden auf die Bedeutung des Eides hingewiesen und dann vorläufig wieder entlassen.

Präsident Büniger teilt noch mit, daß etwa vom 11. Oktober ab die Verhandlungen im Reichstagsgebäude in Berlin stattfinden. Im übrigen erklärt er noch, daß das Reichsgericht immer ruhig, sachlich und ohne Störung und auch ohne Aufregung verhandelt habe.

Er hoffe, daß auch diesmal dieser Brauch beobachtet werde und daß keine Unzutrefflichkeiten vorkommen. Vor dem Reichsgericht verhandelte Prozesse seien immer mehr oder weniger bedeutend und würden trotzdem sachlich durchgeführt. Er erwarte, daß auch keine Kränkung der Billigung oder Mißbilligung, auch nicht der Verwunderung geübt würden. Schließlich bringt der Präsident noch den Wunsch zum Ausdruck, daß zwischen den Verhandlungsausschüssen der Saal nicht verlassen werde.

Der Präsident verteidigte dann die beiden Dolmetscher für die holländische und bulgarische Sprache. Die Dolmetscher stellen nach Befragen der Angeklagten fest, daß van der Lubbe wenig Deutsch versteht, Dimitroff und Popoff noch weniger und Torgler überhaupt nicht.

Nachdem die Dolmetscher den Angeklagten kurz den Inhalt der einleitenden Ansprache des Vorsitzenden überflicht haben, wird der Eröffnungsbeschluss verlesen. Danach werden sämtliche Angeklagten beschuldigt, durch ein und dieselbe fortgesetzte Handlung zum Teil gemeinschaftlich es unternommen zu haben,

die Verfassung des Deutschen Reiches gewaltsam zu ändern. Es wird ihnen also Hochverrat vorgeworfen. Die Reichstagsbrandstiftung ist nach dem Eröffnungsbeschluss begangen worden in der Absicht, durch diesen Brand begünstigt, einen Aufbruch zu unternehmen, von der Lubbe wird außerdem Brandstiftung im Wohlfahrtsamt Berlin-Reutbahn, ferner die des Rathauses und des Stadtschlosses vorgeworfen. Auch diese Brandstiftungen sollen in der Absicht begangen worden sein, einen Aufbruch zu unternehmen. Die Straftaten sollen nicht nur unter das Strafgesetz, sondern für die Beurteilung der Angeklagten wird auch die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat und das neue Gesetz über Verhängung und Vollzug der Todesstrafe herangezogen.

Van der Lubbe spricht deutsch

Der Vorsitzende weist dann darauf hin, daß der Angeklagte van der Lubbe, nachdem er das Verteidigungsangebot des holländischen Rechtsanwaltes Vanwels erhalten hatte, eine schriftliche Erklärung abgegeben hat, die folgendes besagte: Ich wünsche keinen Verteidiger; ich will mir die Sache auch nicht noch einmal überlegen. Ich bleibe vielmehr endgültig dabei, daß ich keinen Verteidiger haben will. Senatspräsident Büniger bittet, den Angeklagten van der Lubbe zu fragen, ob er diese Erklärung freiwillig abgegeben hat. Van der Lubbe bejaht es. Rechtsanwalt Dr. Seuffert stellt fest, daß van der Lubbe seine Erklärung am Montag erneut abgegeben hat, ebenso als Rechtsanwalt Stomps mit einem Antrag an den Angeklagten herantrat.

Senatspräsident Büniger erklärt darauf: Ich stelle gegenüber Nachrichten, daß diese Erklärung des Angeklagten künstlich herbeigeführt worden sei unter einem gewissen Zwang, fest, daß nach den eigenen Erklärungen des Angeklagten dies nicht der Fall ist, sondern daß es sich um eine freie Erklärung des Angeklagten handelt, der gesagt hat, er wolle überhaupt nicht verteidigt sein.

Als dann zur Vernehmung des Angeklagten van der Lubbe über seine Personalien geschritten wird, läßt dieser durch den Dolmetscher mitteilen, daß er auch ohne den Dolmetscher mit dem Gericht selbst verkehren könne. Der Angeklagte nimmt darauf — unmittelbar vor dem Richtertisch aufstellung und

wird von dem Vorsitzenden befragt. Van der Lubbe gibt seine Antworten mit ganz leiser Stimme und ist außer vom Gerichtsrath kaum im Saale vernnehmbar. Selbst der Oberreichsanwalt, der seinen Platz unmittelbar neben dem Gerichtstisch hat, bittet den Angeklagten, lauter zu sprechen, da auch er ihn kaum verstehen könne.

Aus der Vernehmung ergibt sich, daß der Vater des Angeklagten Kaufmann ist. Einen Teil seiner Jugend hat der Angeklagte in einer Erziehungsanstalt verbracht. Er hat die Volkshochschule besucht, und erklärt, daß er ein guter Schüler gewesen sei. Er erlernte das Maurerhandwerk und ist auch als Maurer tätig gewesen, ohne daß es zu einem festen Arbeitsverhältnis gekommen wäre. Etwa im Jahre 1928 erlitt er einen Unfall, bei dem ihm Kopf in die Augen spritzte. Seit dem Unfall bezog van der Lubbe eine Rente von sieben Gulden. Im Dezember 1928 ist er zum ersten Male in Deutschland gewesen. Später ist er dann nach Holland zurückgekehrt und hat auch einmal Frankreich besucht.

Senatspräsident Dr. Büniger

Der Vorsitzende im Reichstagsbrandprozeß

Ein kleiner, runder Herr, macht er in dem roten Talar keine allzu gute Figur. Er ist kein Nationalsozialist, eher kann man ihn als einen letzten Mancherliberalen bezeichnen. Jahrelang war er Mitglied der Deutschen Volkspartei, die im Jahre 1926 ihn in das sächsische Kabinett Heib als Justizminister entsandte.

Büniger war schon frühzeitig in den Justizdienst eingetreten. In seinen jungen Jahren amtierte er als Staatsanwalt in Frankfurt am Main. Die mit ihm zu tun hatten, sagen ihm nach, daß man nicht behaupten könne, er besitze jene Frömmigkeit, die den Staatsanwälten des wilhelminischen Zeitalters und auch jetzt des „dritten Reiches“ das Gesicht geben. Mit peinlicher Genauigkeit achtete er darauf, daß die durch die Strafprozedur gestellten Kautelen erfüllt werden. Sein juristisches Können war über dem Durchschnitt, und so stieg er vom Staatsanwalt über den Landgerichtsdirektor und Oberlandesgerichtsdirektor zum Senatspräsidenten am Leipziger Reichsgericht.

Als das kleine Land Mecklenburg-Strelitz seine große Sensation hatte, weil kritische Unterlagen dafür vorlagen, daß der polnische Landarbeiter Jakubowski am 15. Februar 1926 zu Unrecht hingerichtet wurde, berief man Büniger zum Gutachter in diesem verzwickten Fall. Die Täter hatten vor der Polizei im Mai 1928 ein Geständnis abgelegt, aber der Oberstaatsanwalt Müller meinte, sie hätten sich geirrt, und sie wurden entlassen. Büniger fand die sorgsam gesicherten Spuren vollkommen verhältnißlos. In monatelanger Arbeit verfolgte er diesen Kriminalfall zu rekonstruieren und erstattete sein Gutachten, das die Neuaufrollung des Falles Jakubowski forderte. Forderte, weil er Zweifel an der Schuld Jakubowskis hatte.

Die gebetrrällche provinzielle Atmosphäre Leipzigs tat ihm wohl. Er war ein geachteter und umgänglicher Mann. Im Deutschen Haus in Leipzig konnte man ihn, wenn er amtierte, fast täglich mit seinen Reichsgerichtsräten sehen, und die Rama erzählt, daß Büniger ein sehr gemüthlicher Mann sein könne.

Am 3. November 1932 eröffnete Büniger den Wiederaufnahmeprozess gegen den wegen Landesverrats zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilten Oberlagerverswalter Walter Bullerjahn. Vier Wochen konnte man hier Büniger bei den Verhandlungsführung beobachten. Einmal schien es so, als ob er mit allen Mitteln auf die erneute Beurteilung Bullerjahn hinweitere. Aber der Schein trug. Mit großer Feinlichkeit und großer Ausdauer ließ er den Prozeß abrollen. Die Verteidigung, die in den ersten Tagen gechemmt schien, konnte sich frei entfalten. Und Büniger kannte bei der Verhandlungsführung keine Rücksicht, er suchte nur das Recht.

Eine Begebenheit wird erzählt, die für die Beurteilung dieser Persönlichkeit wesentlich erscheint. Die Oberreichsanwaltschaft hatte für Bullerjahn erneut 12 Jahre Zuchthaus beantragt. Das Gericht hatte sich zu fundentlangen Beratungen zurückgezogen. Oberreichsanwalt Werner wünschte Büniger zu sprechen. Er ließ sich bei ihm unter allerlei Vorwänden melden, aber Büniger ließ ihm zweimal sagen, daß er während der Beratung für ihn nicht zu sprechen sei.

Dieser Mann kann nicht danach beurteilt werden, daß er Angebote ausländischer Juristen, die Angeklagten zu verteidigen, abgewiesen hat. Aber wenn er die Zivilcourage gehabt hat, Bullerjahn freizusprechen, trotz des starken Druckes, obwohl Herr Major Himmel als Sachverständiger des Reichswehrministeriums diesen Freispruch für unmöglich hielt, so möchte man hoffen, daß Büniger in dem kommenden schwierigsten Prozeß seines Lebens nur der Stimme des Rechts folgen wird. Würde Büniger aber nur ihr Gehör zu schenken brauchen, so dürfte man um das Schicksal der Angeklagten nicht besorgt sein.

Wirtschaftsplan des „Volkskanzlers“

Statt Vierjahresplan — hochkapitalistische Gesundung

Am Mittwoch tagte in Berlin der Generalkrat der Wirtschaft. Vormittags stand er unter dem Vorsitz des Reichswirtschaftsministers Dr. Schmitt vom Allianz-Konzern, nachmittags unter dem Vorsitz des Reichskanzlers höchstselbst. Nimmt man dazu die Tatsache, daß der Generalkrat nahezu durchweg aus Großindustriellen, Bankiers und Großagrariern besteht, so kann man sich vorstellen, wie der hier vorgeschlagene „Wirtschaftsplan der Reichsregierung“ aussieht. Daß auch Herr Dr. Ley, der „Führer der deutschen Arbeitsfront“, daran mitwirken durfte, ist eine groteske Ironie, woran die braune Wirtschaftspolitik im Zeichen des „Sozialismus“ täglich reichlich wird.

Dieser Generalkrat der Wirtschaft beschloß: 1. Gesundung der Kommunalfinanzen und Konsolidierung der kurzfristigen Schulden durch starke Entlastung von Wohlfahrtsausgaben. 2. energische Weiterführung der Arbeitsbeschaffung. 3. Lösung der „Starre“ auf dem Geld- und Kapitalmarkt.

Wie sieht diese „Gesundung“ im einzelnen aus?

Vorschläge, die die Städte und andere zentrale kommunalpolitische Körperschaften zur Behebung der Finanznot der Gemeinden wiederholt gemacht haben, werden jetzt als Allerneuestes und Allerbestes angepriesen. Es erfolgt nichts als eine Umorganisation der Lastenverteilung durch Gründung eines Umschuldungsverbandes, der die deutschen Gemeinden von ihrer Sorge um die kurzfristigen Schulden etwas befreit. Dieser Umschuldungsverband soll den inländischen Gläubigern kurzfristiger Forderungen Schuldverschreibungen anbieten, die mit 4 Prozent verzinst und vom 1. Oktober 1936 ab mit 3 Prozent jährlich ersparter Zinsen getilgt werden sollen. Wie aber soll dieser Zinsendienst erfolgen? Man nimmt aus der einen Tasche, um es der anderen zu geben: Das alte Rezept des verlästerten vormärzlichen Systems ohne die Spur eines eigenen und eines neuen Gedankens. Der Reichsfinanzminister soll nämlich die rückständigen Beiträge dem Umschuldungsverband überweisen und von den Steuerüberweisungen an die Länder abziehen, falls die Gemeinden mit ihren Leistungen im Rückstand bleiben. Kurz, jede Finanzpartie wird wie bisher an der Decke ziehen und jeder wird sie zu kurz werden.

Freilich, die Hitlerregierung hat einen Trumpf in der Hand. Sie hat alle Vollmachten und alle Möglichkeiten, die Gemeinden „weitgehend von den Wohlfahrtslasten zu entlasten“, wie Herr Dr. Schmitt wörtlich sagte. Es gibt keine Arbeiterorganisation mehr, die instand ist, solchen hochkapitalistischen Plänen Widerstand zu leisten. Dr. Ley, der sogenannte Führer der Arbeitsfront, wird seine Hand hochheben, um Maßnahmen zu sanktionieren, die Hunderttausende dem langsamen Hungertode ausliefern. Herr Dr. Schmitt von der Allianz, sein Generalkrat und der Reichskanzler sind sich einig darüber, daß die Fähigkeit der unteren Schichten, zu dulden und zu hungern, unbegrenzt ist und neue Belastungsproben durchaus erträgt.

Nicht weniger erfreut wird die Privatwirtschaft mit dem Plan der neuen Arbeitsbeschaffung sein. Der Reichsfinanzminister soll 500 Millionen Reichsmark zur Förderung von Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten an Gebäuden, für die Telling von Wohnungen und für Umbauten zur Verfügung stellen. Das ist aber nur eine Kleinigkeit gegenüber den neuen Privilegien für die Landwirtschaft, dies: den Großgrundbesitz. Es erfolgt hier eine Festsetzung der Umsatzsteuer auf 1 Prozent und eine Herabsetzung der landwirtschaftlichen Grundvermögenssteuer ab 1. Oktober 1933 um einen Jahresbetrag von 100 Millionen Mark. Das ist eine neue Osthilfe von unerhörter Ausmaßen. Denn man muß diesen Privilegien noch die Preisfixierungen für Roggen und Weizen durch Herrn Darre hinzufügen. Man will zwar auch den Kleinwohnungsbau durch Steuerbefreiung fördern. Hier werden aber wohlweislich keine näheren Angaben gemacht und keine Zahlen genannt.

„Brechung der Zinsnechtheit!“ Dr. Schmitt gab in seinen Betrachtungen über die künftige Gestaltung des Kapitalmarktes eine wirksame Illustration dazu. Der Geldmarkt soll leistungsfähiger werden! Das Vertrauen der Effektenbesitzer auf dem Gebiet der festverzinslichen Werte soll gestärkt werden! Die Reichsbank soll gewisse zentrale Befugnisse erhalten, die im einzelnen noch durchgearbeitet werden. Alle diese Pläne sollen sich aufbauen auf einer Erhaltung des Lohn- und Preisniveaus „in seinem Gesamtdurchschnitt“. Das schließt jedoch, so sagte der Herr Reichswirtschaftsminister, eine „Auslockerung“ auf dem Gebiete der Lohn- und Preisgestaltung in vereinzelten Fällen nicht aus.

Das Inkasso der Schwerindustrie und der Bankmagnaten hat begonnen. Sie bringen eine reiche Ernte in die Scheuer. Eine Opposition, die wirksam ihre Stimme erheben kann, ist nicht mehr vorhanden. Das Parlament als Tribüne der Anklage und der Verantwortung ist ausgeschaltet. Um so munterer strömt den neuen Machthabern die rhetorische Floskel von der endlich geschaffenen, wahren und echten Volksgemeinschaft von den Lippen. „Tragen Sie, meine Herren vom Generalkrat, diese Gedanken in das deutsche Volk hinaus, dann ist kein Zweifel, daß das Endziel unseres gewaltigen Kampfes erreicht wird.“ Stürmische Zustimmung der Herren von der Industrie und von den Bankenkongressen. Derselben Beifall hatte sich vor diesem erlebten Kreise auch der Reichskanzler zu erfreuen, der am Abend erschien und über „Wege und Aufgaben der Wirtschaft im nationalsozialistischen Staat“ sprach. In den verflochtenen acht Monaten sei, so sagte er wörtlich, ein starkes Postament geschaffen worden, auf dem die Wirtschaft stehen kann. Jetzt könne sie wieder auf lange Sicht disponieren, weil bei dieser Regierung nicht die Gefahr bestehe, daß sie morgen oder übermorgen nicht mehr da sei. Der Sinn des Generalkrats der Wirtschaft sei der, eine

Gemeinschaft zu schaffen zwischen der Reichsregierung und den Männern, die in der praktischen Wirtschaft stehen.

Kraft liefen den abgehärteten Männern der praktischen Wirtschaft die Tränen über die Wangen. Endlich erreicht! Nach so vielen Kämpfen! Keine Arbeiterbewegung, keine Gewerkschaften mehr. Unser Freund Thyssen regiert die Stunde und die Tarife. So sah man denn am Schluß dieser Tagung des Generalkrats ein hinreichendes Bild der neuen Gemeinschaft zwischen der Reichsregierung und den

Männern der Wirtschaftspraxis. Der Vorstand des Reichsstandes der deutschen Industrie, Herr Dr. Krupp von Bohlen gelobte feierlich rückhaltlose und bedingungslose Unterstützung. Der alte Urstand der Natur ist wiederkehrt, freilich im anderen Sinne, als es Schiller meinte. Es ist der Zustand zwischen den Herrn und den Sklaven, mit der neuen Variante, daß ihn ein „Volkskanzler“ sichert, der jede Erhebung der Sklaven mit Hilfe seiner Prätorianergarden in braun und in schwarz unterdrückt.

Sieg des schwarzen Faschismus

Dollfuß schließt die gemäßigten Kabinettsmitglieder aus

Die Gegensätze, die sich in den letzten Tagen insbesondere zwischen dem Vizekanzler Winkler, der in gewissen Grenzen verfassungsmäßiges Vorgehen vertrat, und dem Bundeskanzler Dollfuß öffentlich ausgetreten waren, sind rasch geklärt worden. Winkler und zwei weitere Minister sind aus dem Kabinett ausgeschieden und durch Männer eines stramm klerikalen faschistischen Kurzes ersetzt worden. In der Nacht zum Donnerstag ist in Wien amtlich bekanntgegeben worden:

Wien, 21. Sept. Nach 3 Uhr früh wird folgende Ministerliste des umgebildeten Kabinetts bekannt: Bundeskanzler, Minister für Neuheres, für Heereswesen, Sicherheitswesen und Landwirtschaft: Dr. Dollfuß; Vizekanzler: der bisherige Sicherheitsminister Fey; Finanzen: Dr. Buresch wie bisher; Handelsminister: Stöckinger wie bisher; Unterrichtsminister: Dr. Schuschnigg wie bisher; Minister für soziale Verwaltung: Schmitz.

Aus dieser Liste geht hervor, daß die bisherigen Minister Landesverteidigungsminister Baugott, Vizekanzler Winkler und der Sozialminister Dr. Körber aus dem Kabinett ausgeschieden.

Vielleicht geben über die Linie der Regierungsumbildung am besten Bemerkungen des im Kabinett verbliebenen Unterrichtsministers Dr. Schuschnigg Aufschluß, die er gegenüber einem Vertreter der „National-Zeitung“ gemacht hat. Schuschnigg gilt als der geistige Kopf der Regierung. Die „National-Zeitung“ berichtet:

Ich verweise auf die Rede des Heimwehrenführers Starhemberg am Denkmal seines Ahnen und gegenüber dem Rathaus der Stadt Wien, in welcher der Bundeskanzler zur Verjagung der sozialistischen Verwaltung der Stadt Wien aufgefordert wurde. „Eine solche Rede rieht nicht nur stark nach Staatsstreik, sondern auch nach offenkundigem Faschismus.“

Auf diesen Einwand gab Dr. Schuschnigg die merkwürdige Antwort: „Wenn Sie den Fürsten Starhemberg einen Faschisten nennen, so können Sie ebensogut den Bundeskanzler als solchen bezeichnen.“ Dann erklärte er: Das Parlament habe in seiner jetzigen Form ausgespielt. Es sei eine Institution geworden, in der nicht der Wille des Volkes zur Geltung komme, sondern in der die Parteifunktionäre dominieren.

In zehn Jahren werde man wieder nach dem Parlamentarismus rufen. Heute müsse er ausgeschaltet werden.

Ich erwiderte: „Man ist im Auslande auch über die Möglichkeit benrubigt, daß Oesterreich völlig unter Mussolinis Einfluß gerät. In französischen Kreisen sagt man: Italien und Oesterreich werden durch unsere Kredite gehalten und trotzdem besteht die Gefahr eines antifranciaischen Blocks, der im gegebenen Augenblick vollendet werden könnte durch den Beitritt Deutschlands. In einer solchen Situation würden Differenzen zwischen Oesterreich und Deutschland schnell vergessen sein.“

Der Minister schien meine Einwände überhört zu haben und vollendete die Antwort auf die vorangehende Frage: „Diese Zeit ist für ganze Lösungen überhaupt nicht reif. Das man solche in Deutschland versucht, erscheint mir besonders unheilvoll.“

Warum Winkler stürzte

Die entscheidende Stelle der Rede, die Vizekanzler Winkler in Graz vor der nationalsozialistischen Front gehalten hat, lautete:

Wir bekämpfen aber auch jenen Staatssozialismus, der von rechts kommt und als Austrofaschismus schwächer gemacht werden soll. Und das wünschen wir mit aller Gründlichkeit auszusprechen, wir bekämpfen den Nationalsozialismus nicht deshalb, um dem Austrofaschismus die Wege zu ebnen.

Der jetzt zum Vizekanzler avancierte Sicherheitsminister Fey, der Vertreter der Heimwehren in der Regierung, erklärte demgegenüber:

Gerade mit Rücksicht darauf, daß zur selben Zeit an anderen Stellen Reden gehalten wurden, die den Eindruck erweckten könnten, daß man vielleicht wieder zu alten, verwehlten und unangenehmen Formen zurückkehren wolle, soll mit aller Deutlichkeit betont werden, daß davon natürlich gar keine Rede sein kann. Im Gegenteil: Der Wind wird in Oesterreich noch viel stärker wehen als bisher....

Fey hat über Winkler gesiegt.

Um die Kontroll-Formel

Lebhafte französisch-englische Verhandlungen

Deutsche Meinungen

Das Berliner Conti-Büro schreibt: Durch die unprogrammierte Rückkehr Edens nach London ist der Schwerpunkt der Vorbereitungen wieder nach Downing Street verschoben worden. Doch der heutigen außerordentlichen Sitzung des britischen Kabinetts eine besondere Bedeutung beigemessen wird, erlähnt sich auch aus der unerwarteten Herbeiführung Sir John Simons aus Balmoral, die insofern von Interesse ist, als der Außenminister sich durch seine Reise zum englischen König ausdrücklich zunächst von der gesamten Erörterung distanzierte. Darüber, daß die Besprechungen zwischen England und Frankreich an einem kritischen Punkt angelangt sind, können auch die beiderseits laut werdenden Freisetzungsmöglichkeiten, die von einem allerding gedämpften Optimismus getragen sind. In der „Times“ heißt es zwar, der Abstand zwischen den Ansichten beider Regierungen sei nicht mehr so groß als früher, aber das Blatt schränkt seine Auffassung, daß die britische Regierung den französischen Anregungen günstiger gegenüberstehe, durch den Zusatz ein, Frankreich müsse sich bereits jetzt verpflichten, nach Ablauf einer festgelegten Periode tatsächliche Kürzungsmaßnahmen vorzunehmen. Der wahre Gegenstand zwischen England und Frankreich bleibt also nach wie vor bestehen. England kämpft auch weiterhin um die Anerkennung des Macdonaldplanes, d. h. um den Grundlag der Abrüstung selbst. Frankreich dagegen ist weniger denn je geneigt, die ihm durch den Sinn und klaren Wortlaut der Verträge auferlegte Pflicht zur tatsächlichen mengenmäßigen Abrüstung zu erfüllen. Dabei wird in Paris auch der Versuch gemacht, die Haltung der amerikanischen Regierung gegen England auszuspielen. Für ein solches Unternehmen bietet aber die Erklärung, die Norman David gestern in Paris überreicht hat, offenbar keine wirkliche Grundlage. In ihr wird im Gegenteil der bekannte amerikanische Standpunkt erneut dargelegt, wonach ein Abrüstungsabkommen nur durch die Initiative der europäischen Staaten herbeigeführt werden kann. Der amerikanische Vertreter hat die Darlegung der Franzosen zur Kontrollfrage zwar angehört, dazu aber selbst keine Stellung genommen. Vielmehr hat er ausdrücklich eine Beteiligung Amerikas an irgendwelchen Sanktionen abgelehnt. Diese, wie auch die übrigen gestern in Paris geführten Besprechungen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß für den weiteren Verlauf der Diskussionen jetzt das Ergebnis der Zwischenkonferenz in London entscheidend ist, allerdings nur im Rahmen der englisch-französischen Vorbereitungen. Denn die Sache der Abrüstung ist, wie sich sowohl aus der Präsidentenklärung vom 11. Dezember 1932, wie auch aus dem Viermächtepaat ergibt, eine Angelegenheit, die nicht ohne Deutschland erledigt werden kann. Was auch immer das Ergebnis der derzeitigen Erörterungen von London und Paris sein wird, erst in Genf wird darüber entschieden werden, ob die notwendige Lösung der Abrüstungsfrage entsprechend dem klaren und berechtigten Standpunkt Deutschlands zustande kommt oder ob sie in der Tat an dem immer deutlicher werdenden Widerwillen Frankreichs, seinerseits den ihm obliegenden Teil der Abrüstungsverpflichtungen und damit einen wirklichen Beitrag zur Entspannung der internationalen Atmosphäre zu leisten, scheitert.

Die italienische Presse

Die italienische Presse verfolgt mit der größten Aufmerksamkeit die Entwicklung der Pariser Besprechungen am Vorabend der Abrüstungskonferenz. Die offizielle Veröffentlichung, welche die Begegnung zwischen dem italienischen Regierungschef und dem französischen Premier durch die Abendblätter in großer Aufmerksamkeit wiedergegeben worden.

Der Pariser Korrespondent der „Tribuna“ schreibt, daß die unvorhergesehene Reise des Unterstaatssekretärs Eden nach London dessen als sicher angelegentlichsten Besuch in Rom trotzdem erscheinen lasse. Er führt dann aus:

„Wenn man die Lage objektiv prüft, ist es leicht, die Gründe zu ahnen, die einen derartigen Programmwechsel rechtfertigen würden. Die offizielle Bekanntmachung von gestern, gerade in ihrer Bemühung um Wiederungen, ließ die außerordentliche Schwierigkeit ahnen, auf welche die Unterhändler in ihren Versuchen stießen, die Meinungsverschiedenheiten auszuräumen.“

Die Größe des Gegenjahres erschien Oberst Eden so groß, daß sie ihn veranlaßte, die Verhandlungen augenblicklich abzubrechen, um sich mit seiner Regierung in Verbindung zu setzen. Dagegen muß er geglaubt haben, daß zwischen der italienischen und englischen Meinung eine beinahe völlige Übereinstimmung bestehe und daß unter diesen Umständen keine geplante Begegnung mit dem Duce weniger wichtig erscheine als die Fortsetzung seiner Anstrengungen, zwischen den Kabinetten von Paris und London zu vermitteln.“

Aber derselbe Korrespondent gibt Auszüge aus der französischen Presse, die der Ansicht ist, daß infolge der diplomatischen Besprechungen zwischen Paris und Rom die französischen und italienischen Standpunkte einander näher gekommen zu sein scheinen. Diese Atmosphäre des Vertrauens und des Verständnisses wird übrigens von den im allgemeinen am besten unterrichteten Kreisen bekräftigt.

„Lavoro fascista“ schreibt:

„Wenn die Lage auch schwierig und verwickelt ist, so ist es nicht unmöglich, daß unvorhergesehene Umstände die Haltung gewisser Delegationen ändern können.“

Das Blatt macht dann eine Anspielung auf den Viererpaat:

„Er hat“, behauptet es, „die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den vier europäischen Großmächten verstärkt, neue Möglichkeiten der Verständigung geschaffen — insbesondere im Hinblick auf die Abrüstung. Er kann ein entscheidendes Mittel sein, die verwickelten und schwierigsten Fragen von vornherein ins Reine zu bringen und zu lösen. Bei der nächsten Großmächte in Genf würden dann die vier Mächte auftreten, nachdem sie bereits sich über die verschiedenen Fragen geeinigt hätten, was die schwere Aufgabe der Konferenz, eine allgemeine Verständigung herbeizuführen, erleichterte.“

Blutzeugen

Morde und „Selbstmorde“

Abgeordneter Engelbert Graf

Von einem deutschen Sozialisten, der aus dem Konzentrationslager Oranienburg flüchtete und sich über die französische Grenze retten konnte, erzählt das „Volkrecht“, daß vor kurzem der im gleichen Konzentrationslager eingekerkert gewesene Georg Engelbert Graf von Nazis ermordet worden ist. Die Nazis haben auch in diesem Fall versucht, ihre schändliche Missetat mit einer Lüge zu bedecken, indem sie vorgaben, Graf sei an „Herzschwäche“ gestorben. Tatsächlich sei aber, so versichert der deutsche Flüchtling, Engelbert Graf von seinen Kerkergefehrten auf grausame Art ums Leben gebracht worden.

Wir veröffentlichen diese Notiz der Insa mit der Aufforderung an die zuständige Stelle, sich sofort dazu zu äußern, wie es im Falle Faust geschehen ist. Georg Engelbert Graf hat als Schriftsteller und Dozent in der Sozialdemokratischen Partei Mitteldeutschlands eine viel beachtete Rolle gespielt. Er gehörte seit einer Reihe von Jahren dem deutschen Reichstag an.

Abgeordneter Putz

Berlin, 20. Sept. 1933. (Juprek.) Wir erfahren aus absolut sicherer Quelle, daß der kommunistische Reichstagsabgeordnete Putz, der im Gefängnis Moabit gefangen gehalten wurde, in seiner Zelle tot aufgefunden wurde. Die Gefängnisleitung gibt „Selbstmord“ als Todesursache an. Putz war Abgeordneter der KPD.

Putz war ein hochgebildeter Kleinbauer. Er befaßte sich im Reichstage stets nur mit Kleinbäuerlichen und Pächterfragen. Auch über seine Fraktion hinaus genoss er wegen seiner Sachlichkeit, die nur selten der kommunistischen Demagogie erlag, Ansehen.

Schütz

Vor dem Gegenprozeß in London war auch die Frau des ermordeten kommunistischen Abgeordneten Schütz erschienen. Sie hatte ihren 12jährigen Sohn bei sich. Frau Schütz schilderte die Ermordung ihres Mannes, der sich seit dem Reichstagsbrand verborgen halten mußte: Ein Mann, der seinen Aufenthalt kannte, wurde solange von der Polizei und SA gefoltert, bis er die Wohnung, in der ihr Mann sich aufhielt, bekannt gab.

Es wurde auf direkte Anordnung des Oberpräsidenten Koch, der auf der Straße hand, ein ganzer Häuserblock umstellt und Schütz gefoltert. Er wurde in grauenhafter Weise mißhandelt, die Haare ausgerissen, ununterbrochen geschlagen, fast jeder Knochen gebrochen; er wurde mit Wasser begossen, wenn er bewußtlos war. Im Krankenhaus ist er dann gestorben.

Verlumpfte Journalistik

Die „Saarbrücker Zeitung“, die von denen im Reich ausgehalten wird und gekauft ist, auf deren Schultern die Verantwortung für den deutschen Blutstumpf lastet, berichtet unter der Überschrift „Das schlechte Gewissen marxistischer Decker“:

Laßt sie hungern!

Das Rezept des „dritten Reiches“ für die Opfer der Krise

Halbamtlich wird aus Berlin gemeldet: Die Reichsregierung hat ein Gesetz über Milderung der Arbeitslosenversicherung beschlossen, das zunächst die Übernahme der Land- und Forstwirtschaft sowie der Binnenfischerei einschließlich der Landwirtschaft und der Küstenschifffahrt aus der Arbeitslosenversicherung bringt. Mit der Beseitigung von der Versicherungsspflicht entfällt für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer der betreffenden Berufe die Pflicht, Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu zahlen. Bei der Erleichterung, die das Gesetz hiernach den betroffenen Arbeitgebern bringt, muß erwartet werden, daß diese Arbeitgeber ihre Arbeitnehmer in diesem Winter weitgehend durchhalten werden. Soweit Arbeitslose dieser Berufe bis zum 31. Dezember d. J. die Anwartschaft auf die Leistungen der Arbeitslosenversicherung bereits erworben haben, werden ihre Ansprüche durch die Neuregelung nicht berührt. Der Begriff der Landwirtschaft ist in dem Gesetz genau umschrieben. Dabei ist die bisher umstrittene Frage, ob der Gartenbau zur Landwirtschaft zu rechnen ist, in bejahendem Sinne entschieden.

In weiteren Vorschriften wird die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung zum Teil neu geregelt. Während die Aufwendungen der Arbeitslosenversicherung bisher zu vier Fünfteln das Reich und zu einem Fünftel die Gemeinden getragen haben, sollen die Kosten der Arbeitslosenversicherung künftig der Reichsbank für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zur Last.

Endlich ist die Eigenlast der Gemeinden für die anerkannten Wohlfahrtsberwerblosen für die Zeit vom 1. Oktober 1933 bis 31. März 1934 auf monatlich 20% Millionen Reichsmark festgelegt. Durch diese Bestimmung werden die bisherigen Lasten der Gemeinden für diese Aufgaben entsprechend dem dringenden Bedürfnis der Gemeinden herabgesetzt und, um den Gemeinden die Anstellung eines klaren Haushalts zu ermöglichen, für die nächste Zeit fest begrenzt.

Das Gesetz soll am 1. Oktober 1933 in Kraft treten.

Das bedeutet, daß in Zukunft ein sehr wesentlicher und nach Millionen zählender Teil der deutschen Arbeiterschaft aus der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen bleibt und auf Almosen oder auf den guten Willen der Unternehmer angewiesen ist. Nur diejenigen, die sich schon längere Zeit in der Versicherung befinden, bleiben einwillen von diesem Schicksal bewahrt. Die neue Maßnahme bedeutet nicht nur die wachsende Verelendung großer Arbeiterschichten, sondern ermöglicht auch die nötigen Korrekturen der Arbeitslosenversicherung. Die aus der Versicherung Hinausgeworfenen oder

Der ehemalige marxistische Redakteur Dr. Solmitz hat sich in einem Konzentrationslager in einem unbewachten Augenblick erhängt. Dr. Solmitz hat als politischer Redakteur am früheren „Volkboten“ die Lübecker Arbeiterschaft zu Nord und Ostschlag an ihren Volksgenossen aufgehetzt. Das letzte Martyr dieses verantwortungslosen Handelns war der Nationalsozialist Meinen, der von den Reichsbannerleuten Rähding und Jid auf offener Straße abgeschlachtet wurde. Rähding und Jid wurden zum Tode verurteilt. Rähding beging vor wenigen Tagen — wie jetzt der Anführer Dr. Solmitz — Selbstmord.

Selbstverständlich hat weder der „Volkbote“ noch Dr. Solmitz jemals zum Nord und Ostschlag aufgehetzt. Dr. Solmitz war überhaupt nicht „Marxist“ in dem Sinne, wie es Hohlköpfe auffassen, die nicht läbig sind, eine Seite der Bücher von Karl Marx zu begreifen. Dr. Solmitz stand den realistischen Sozialisten nahe und war viel mehr Gelehrter als Politiker und nicht eben eine Kampfnatur.

Daß er „Selbstmord“ verübt hat, bezweifeln wir aus genauer Kenntnis seiner Persönlichkeit. Wir setzen ihn auf die Morde der vom deutschen Reichskanzler dreifachten braunen Banditen. Wenn kein Verdammt nun von Gefindel bespielt wird, so teilt er dies Schicksal mit vielen Märtyrern der Geschichte.

„Lieber tot als ...“

Man schreibt uns:

Im April und Mai d. J. häuften sich die Selbstmorde insbesondere in den jüdischen Kreisen Deutschlands. Nachdem in den späteren Monaten dann eine gewisse Abnahme eingetreten war, ist in den letzten Wochen eine ganz erhebliche Steigerung der Selbstmorde wieder eingetreten. Gesamtlisch ist es der gesamten deutschen Presse verboten, in Todesanzeigen Selbstmorde mitzuteilen. Wer aber zur Zeit die deutsche Presse verfolgt, dem fällt die Häufung von Todesanzeigen jüngerer Menschen auf; die Fassung der Anzeige läßt schon den Selbstmord vermuten, der dann durch Nachforschen sich bestätigen läßt. Abgesehen von den bekannten Fällen von Prof. Alsborg, Prof. Förster-Greifswald, Direktor Knüpffe usw. haben allein in der letzten Woche über 50 Angehörige des Mittelstandes durch Selbstmord geendet, u. a. der Berliner Arzt Dr. Max Isaak, das Hamburger Ehepaar Brodmeyer, der bisherige Mannheim-Beheimrat Dr. Hebling u. a. Die Steigerung der Selbstmordepidemie ist eine direkte Folge des Naziregimes und ihrer Maßnahmen gegen alle, die nicht Nazis sind.

Auch ein „Selbstmord“

In einer Wirtschaft in Elmshorn saßen mehrere SA-Leute und schimpften auf die Marxisten. Bei der erregten Rede der übrigen Gäste konnte auch ein Eisenbahnbeamter aus Altona nicht anders, als den Nazis den Spiegel vorzuhalten. Nachdem er geschidert hatte, wie er unter der Regierung Hermann Müllers gelebt hatte und wie er unter Hitler leben muß, fielen die SA-Leute über ihn her und schleppten ihn unter Mißhandlungen in das Gefängnis des Amtsgerichts. Aus der Zelle ist der Bedauernswerte nicht wieder zurückgekehrt — er soll Selbstmord begangen haben!

In Zukunft nicht mehr zur Versicherung Zugelassen werden als Erwerbslose nicht mehr mitgezählt. So sinkt „erfreulich“ die Zahl der Erwerbslosen.

In brutaler Weise werden auch die Leistungen gekürzt. Die Gemeinden brauchen nun zur sogenannten Arbeitslosenversicherung nichts mehr beizutragen. Da aber auch die Reichsbank unmöglich die gesamten Kosten übernehmen kann, werden eben die Gläubiger der Arbeitslosenversicherung noch mehr gedrückt. Die Leistungen der Gemeinden für die Wohlfahrtsberwerblosen werden herabgesetzt und so begrenzt, wie es die Finanzen der Gemeinden zulassen. Nur wer eine Vorstellung von dem Elend der Wohlfahrtsberwerblosen in den deutschen Städten hat, wird voll begreifen, für wieviele Männer, Frauen und Kinder die neuen Einschränkungen die langsame Vollführung eines Todesurteils bedeuten. Der ganze Schwindel der Wirtschaftspolitik ist aufgedeckt. Die Hitler und Göring, die sich in prunkvollen Festen gefallen und dafür das Geld zu Millionen Mark hinauswerfen, hungern die Massen des deutschen Volkes aus. Das „dritte Reich“ ist eine Hungerdiät.

Für Prunkbau 30 Millionen

Berlin, 21. Sept. Der Reichskanzler beschäftigt gestern in den Räumen der Reichsbank die Pläne für den Reichsbankneubau und erteilte dem von der Reichsbank beabsichtigten Vorgehen, insbesondere auch in baulicher Hinsicht, seine Zustimmung. Damit ist die Durchführung der sogenannten größeren Lösung sichergestellt, die die Verlängerung der Jägerstraße bis an die Spree und die Schaffung eines großen Reichsbankplatzes vor dem Neubau vorsieht. Die Reichsbank wird nunmehr sofort an die Ausführung des Projektes herantreten, zumal durch diesen Bauauftrag von mehr als 30 Millionen Reichsmark auch dem Arbeitsmarkt eine neue Hilfe zuteilt wird.

Für Arbeitsstreckung

Die Wirtschaftsgemeinschaft Düsseldorfer Arbeitgeberverbände hat ihren Mitgliederfirmen dringend empfohlen, trotz etwa entgegenstehender betrieblicher Schwierigkeiten und trotz der Opfer, die von den Beteiligten gebracht werden müssen, die durchschnitliche wöchentliche Arbeitszeit einzuführen, soweit es die betrieblichen Verhältnisse nur irgendwie gestatten.

Londoner Urteil

„Lubbe kein Kommunist — Torgler unschuldig“

London, 20. Sept. Das Londoner Weltgericht hat heute das Urteil über den Reichstagsbrand in folgendem Auspruch gefällt:

1. Van der Lubbe ist nicht nur kein Kommunist, sondern ein scharfer Gegner des Kommunismus. 2. Die kommunistische Partei ist an dem Reichstagsbrand nicht nur nicht beteiligt, sondern er widerspricht nach jeder Richtung hin ihren Interessen. 3. Die Angeklagten Torgler, Dimitroff, Taneff und Popoff sind unschuldig und stehen mit dem Reichstagsbrand in keinerlei Zusammenhang. 4. Der Nationalsozialistische Partei brachte der Reichstagsbrand alle Vorteile und sie allein konnte und hat von ihm profitiert. 5. Es ist ganz unmöglich, daß van der Lubbe den Reichstag allein angezündet hat. Nach Prüfung aller Umstände, Aussagen und Dokumente bleibt nur die eine Erklärung, daß die eigentlichen Brandstifter den unterirdischen Gang aus der Wohnung des Reichstagspräsidenten Göring in das Reichstagsgebäude benutzten haben, was nur, und darauf deuten alle Unterlagen hin, mit Zustimmung der obersten Naziführer und auf deren Veranlassung hin geschehen konnte. Sie sind die eigentlichen Anführer zum Reichstagsbrand, den sie durch eine Truppe ihrer Privatarmee anlegen ließen.

Berlin, 21. Sept. Ueber den Abschluß des in London veranstalteten „Prozesses“ wegen der Inbrandsetzung des Reichstags meldete der Funkdienst von Reuters Büro u. a.: „Nach den Schlussfolgerungen des Untersuchungsaußenbüros über den Reichstagsbrand sind die fünf Angeklagten nicht schuldig gesprochen worden.“

Einige Stunden darauf erfolgte auf dem gleichen Wege folgende Berichtigung: Es muß heißen: vier Angeklagte nicht schuldig, darunter nicht van der Lubbe.

Teure Heimat

In der Rubrik „Aus der schlesischen Heimat“ melden die „Breslauer Neuen Nachrichten“ an einem einzigen Tage (am 7. September 1933) folgende Ereignisse:

Brieg: In ein Konzentrationslager überführt wurden nach Verbüßung einer längeren Freiheitsstrafe drei entlassene Gefangene der hiesigen Strafanstalt wegen fortgesetzten staatsfeindlichen Verhaltens.

Hannau: Bei verdächtigen Personen wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen. Fahnen, Mitgliedskarten und Schriften der SPD. wurden beschlagnahmt.

Bunzlau: Hier ist man einer verbotenen politischen Vereinigung auf die Spur gekommen, die sich hinter dem Namen „Stahlklub“ verbarg. Die nötigen Maßnahmen wurden ergriffen.

Marxitz: Der am 18. August in Schubhaft genommene Zahnarzt Dr. Scheiba mußte nach 14tägigem Hungerstreik ins Krankenhaus überführt werden.

Landeshut: Der zweite Bürgermeister von Landeshut, Fehner, ist auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums aus dem Dienst entlassen worden. Görlich: Der Direktor der Ruchweh-AG, Langendöb, Karl Fischer, wurde in seiner Görlicher Wohnung mit seiner Geliebten festgenommen und in Schubhaft überführt.

Katze: In Wellendorf wurde der 14jährige Maurer Franz Wognit von einem unbekannten Täter erschossen.

Bei der Belegschaft der Gasmotoren-Werke in Köln-Deutz ist von Seiten des Fabrik- und Metallarbeiterverbandes schon seit längerer Zeit nicht mehr kassiert worden. Grund: Es läßt sich beim besten Willen kein Arbeiter finden, der die Kassierung der gleichgeschalteten Verbände vornimmt. Die Arbeiter, deren Namen die Aufschlagtafeln verzeichnen und denen die Kassierung obliegen soll, behaupten, von einer Ernennung zum Kassierer nichts zu wissen.

In einem Ortsgruppenbeschlusse des Röhner „Stahlhelms“ wird den Kameraden befohlen, zu jedem angelegten Dienst pünktlich zu erscheinen. Die Anwesenheit wird durch Vorkontrollen kontrolliert. Wer dreimal bei einer Uebung gefehlt hat, wird zwecks Ausschlusses aus dem Gau gemeldet. Ausgeschlossene „Stahlhelmer“ können in keine andere nationale Formation aufgenommen werden, da schwarze Listen geführt werden. Die Ausgeschlossenen werden nicht nur politisch isoliert, sondern auch wirtschaftlich boykottiert.

„Lieber jüdische Konfektion!“

Deutsche Mode im „dritten Reich“

Der deutsche Korrespondent von „Der Volk“ schreibt:

In den Auslagen der Konfektionsgeschäfte prangen neue Kleider. Der Winter ist im Anzug und damit die neuen Modelle. In so gut wie allen Schaufenstern mit Kleidern sieht man ein Schildchen mit der Aufschrift: Modell aus dem Institut für deutsche Mode. Bei Nachfrage kriegt man die Antwort: „Ja, wir müssen diese Modelle bringen, aber große Begeisterung besteht bei den Kunden nicht dafür.“

Eine solche deutsche Modeschöpfung ist charakteristisch durch: „sehr lang und mit Puffärmeln“. Die Puff reichen bis zum Ellbogen. Der Halsausschnitt ist klippig klein. Und die Bluse ist auf mehr Füllung berechnet, als Berliner Damen im allgemeinen lieben. Der ganze Top ist nicht sehr originell. Ein solches Kleid steht aus wie zwei Tropfen Wasser auf eine allgemein bekannte Frauengehalt, die auf allegorischen Abbildungen früher niemals fehlte: Frau Germania.

Ueber den Geschmack soll man nicht streiten, aber ich muß sagen, daß ich Frau Göbbels, eine der geschmackvoll gekleideten Damen von Berlin, begreifen konnte, als sie den Vorky beim Institut für deutsche Mode niederlegte.

Eine Dame, die ein solches Kleid anprobieren und voll Schreck wieder auszog, ließ sich die Worte entfallen: O nein, dann halte ich mich lieber an die jüdische Konfektion. Und die arische Verkäuferin antwortete: mein Mann ist Jude. Er ist dreißig Jahre, noch ein junger Kerl und er hat nicht mehr den geringsten Lebensmut. Er hat natürlich nichts mehr zu tun, geht nicht mehr vor die Türe, weil er sich nicht anpöbeln lassen will. Und was wir Angeheften verdienen, ist auch nicht mehr viel. Es wird nicht mehr gekauft, und alles wird teurer.“

Das ist eine von den vielen tausend Kleinigkeiten, die ein Auslandskorrespondent im „dritten Reich“ jeden Tag auf seinem Weg erlebt.

Die Schlacht gegen die Arbeiter

„Führerprinzip“ — in der Wirtschaft werden es die Nationalsozialisten bald völlig verwirklicht haben! Durch die Stilllegung der Gewerkschaften, durch die Bändigung der nationalsozialistischen Betriebszellen sind die Unternehmer in einer Weise Herr in ihrem eigenen Haus geworden, wie es die reaktionärsten Scharfmacher nicht mehr zu hoffen getraut hätten. Im größten europäischen Industriestaat gibt es für die Arbeiterschaft kein Arbeitsrecht mehr: die Arbeiterschaft ist nicht nur politisch, sondern auch sozialrechtlich etwa auf den Stand von 1890 zurückgeworfen, in die Zeiten des Frühkapitalismus zurückverlegt.

Obwohl kaum mehr als ein halbes Jahr seit Hitlers Machtergreifung verlossen ist, zeigt sich schon sehr deutlich, wie diese Entrechtung die Tendenz hat, sich in Verelendung umzusetzen. Die Tarifverträge sind offiziell zunächst in Kraft geblieben. Aber

Die Verteuerung der Lebenshaltungskosten.

Insbesondere für wichtige Lebensmittel wie die Getreide, bedeutet allgemeine Senkung des Reallohnes. Die Preissteigerung setzt aber auch auf anderen Gebieten, z. B. bei den Textilien, verstärkt ein. Denn die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik ist direkt auf die Forderung der Kartelle eingestellt, und die Preiserhöhungen werden als Zeichen der Wirtschaftsbelebung begrüßt. Der gleichbleibende Geldlohn bedeutet also verringerte Kaufkraft.

Dazu kommt ein anderes: sollen die Tarifverträge nicht nur auf dem Papier leben, so muß ihre Einhaltung ständig von den Gewerkschaften kontrolliert werden. Diese Überwachung ist jetzt fortgefallen. Der einzelne Arbeiter steht jetzt Verletzungen seines Rechts fast hilflos gegenüber. Je länger der gewerkschaftslose Zustand anhält — und die „Arbeitsfront“ ist nichts anderes als die Form der Aufhebung der Gewerkschaften —, desto mehr werden die Tarifverträge ausgehöhlt und umgangen werden.

Eine grausame Ironie aber ist es, daß den Arbeitern augenblicklich am übelsten mitgespielt wird durch die Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Natürlich bedeutet die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich für die in Arbeit Befindlichen eine Lohnsenkung, und der Rückgang der Lohnsteuer beweist, daß dadurch das Einkommen immer zahlreicherer Arbeiterschichten

unter das steuerliche Existenzminimum von 100 Mark im Monat herabgedrückt wird.

Was ursprünglich gedacht war als ein Akt der Solidarität der Arbeiter mit ihren arbeitslosen Brüdern, wird durch einen Bund der kapitalistischen Scharfmacher mit den nationalsozialistischen Stellenjägern zu einem teuflischen Mittel der Zermürbung der ganzen Arbeiterklasse. Mit jener ekelhaften Grundsätzlichkeit, die den nationalsozialistischen Sozialismus auf allen Gebieten auszeichnet, wird die berühmte „Arbeitschlacht“, der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, zu einer wahren Schlacht gegen die Arbeiter.

Das System des Vorgehens wird immer deutlicher sichtbar. Im ersten Stadium wurden marxistische Arbeiter von den verbündeten Scharfmachern und Stellenjägern in möglichst großem Umfang durch Nationalsozialisten und Gelbe ersetzt. Ebenso wurden die durch die Arbeitskräftigung freigebliebenen Stellen für diese Leute reserviert. Nun gefolgt

sich zu Scharfmachern und Stellenjägern als Dritte im Bunde die Bürokratie der Arbeitsämter und der kommunalen Wohlfahrtsfürsorge, die ja gleichfalls unter nationalsozialistischer Leitung steht. Jetzt begann eine neue Art von Menschenjagd. Treiberin war zunächst die kommunale Bürokratie.

Die Kommunen sind bankrott.

und dieser Bankrott verschärft sich von Tag zu Tag. Auf dem Nürnberger Parteitag hat der Staatskommissar für Berlin, Dr. Lippert, schon offen zugesehen, daß nichts übrig bleibe, als den tatsächlichen Bankrott auch ganz offen zu erklären und eine allgemeine zwangsweise Zinsenkung von Reichs wegen zu statuieren. Denn die Gemeinden mühten sich um zwei Drittel der arbeitsfähigen Arbeitslosen als Ortsarme nach den Grundsätzen der Armenpflege zu betreuen. Der immer wieder angekündigte organisatorische und finanzielle Umbau der Arbeitslosenhilfe sei bisher nicht möglich gewesen. Und da sich Lippert offenbar von dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit auch für die Zukunft nicht allzuviel verspricht, fordert er eben die Entlastung der Gemeinden auf Kosten ihrer Gläubiger.

Schon steht der erste Konkurs einer großen preussischen Stadt bevor. Dortmund soll unter einen Treuhänder der Gläubiger gestellt werden, der über alle finanziellen Maßnahmen zu entscheiden hat. Er soll für die gleichmäßige Befriedigung aller Gläubiger sorgen, und kann nach Sicherstellung der Gehälter und Wohlfahrtsausgaben schließlich frädisches Vermögen veräußern, was sicher allen Feinden der öffentlichen Wirtschaft zu großer Genugung gereichen wird. Es sind die Wohlfahrtslasten, die Dortmund erdrücken. Auch die Zinsherabsetzung würde Industriestädte wie Dortmund nicht helfen. Denn selbst wenn alle Schulden gestrichen würden, bliebe Dortmund noch immer ein Defizit von 12 Millionen Mark. Es bleibe nur übrig Senkung der Wohlfahrtslasten und Rückwanderung aufs Land.

Unter diesem Druck hat die Wohlfahrtsbürokratie nicht nur die Arbeitslosenunterstützung in eine armselige Armenpflege umgewandelt und diese Armenpflege fortschreitend verschlechtert, sondern sie ist auch zu dem Versuch übergegangen, durch äußersten Zwang, durch Entziehung der Unterstützung, durch Drohung mit dem Konzentrationslager

die häßlichen, zum Teil hochqualifizierten Arbeiter und Angestellten in ländliche Zwangsarbeiter umzuwandeln

oder in Arbeitsdienstlager abzuschleppen. Aber diese „Arbeits-schlachten“ der Kommunen haben die Bürokraten der Reichsarbeitsämter auf den Plan gerufen. Wollen die Kommunen die langfristigen Erwerbslosen, deren Betreuung ihnen zur Last fällt, loswerden, so die Arbeitsämter die von ihnen in der Versicherung und Krisenfürsorge unterstützten. Wie dabei vorgegangen wird, zeigt folgende amtliche Mitteilung des Arbeitsamtes Dönnabrück:

„Im Verlauf der großen Arbeitschlacht hat sich herausgestellt, daß eine Anzahl von Unterstützungsempfängern die ihnen zugewiesene Arbeit unter allen möglichen Vorwänden ablehnten. Das Arbeitsamt sperrt in jedem Falle den Unterstützungsbetrag. Bei nachweislicher Arbeitsverweigerung oder Arbeitsanlauf wird arhemdem veranlaßt, daß die notorischen Faulenzer in ein Konzentrationslager übergeführt werden, damit

sie sich an Zucht und Ordnung gewöhnen. Gestern ist der erste Unterstützungsempfänger dieser Art, ein gewisser G. M. aus Dönnabrück, der Regierung zur Ueberführung in ein Konzentrationslager übergeben worden.“

Man sieht, das Konzentrationslager erfüllt im „dritten Reich“ nicht nur eine politische, sondern auch eine soziale Funktion von großer Wichtigkeit.

Aber mit alledem ist es noch nicht genug! In immer größerem Umfang schickt man sich an, Arbeiter aus der Arbeit zu werfen, ihnen die Unterstützungsberechtigung abzuerkennen und dafür bisher Unterstützte an ihre Stelle zu bringen. Dazu dient die willkürliche Erläuterung des Begriffs der „Doppelterdiener“. Als Doppelterdiener soll jetzt nicht nur die gleichzeitige Ausübung zweier bezahlter Tätigkeiten durch eine Person und nicht nur die gleichzeitige Berufstätigkeit eines Ehemannes und seiner Frau gelten, sondern auch die Berufstätigkeit mehrerer Familienmitglieder. Wenn also zum Beispiel mehrere Familienmitglieder erwerbstätig sind, so sollen Familienmitglieder entlassen werden, wenn keine Erstlingserfahrung der gesamten Familie zu befürchten ist. Diese Arbeitsmarktpolitik soll jetzt im wesentlichen Industriegebiet zur Durchführung kommen. Denn im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Landesarbeitsamtes für Westfalen haben sich die Arbeitgeberverbände auf Anordnung Thyssens diese Grundzüge zu eigen gemacht.

Die Entlassenen erhalten keine Unterstützung.

Eingestellt werden nur unterstützte Erwerbslose, wobei, wie es ausdrücklich heißt, Mitglieder der NSDAP, mit den Nummern 1 bis 100 000 und Angehörige der SS, SA und des Stahlhelms ein Vorzug einzuräumen ist. Und was geschieht mit den Entlassenen? Sie müssen von ihren Familien erhalten werden. Das Arbeitsamt spart die Unterstützung, der Sozialetat wird entlastet und Herr Thyssen hofft auf Verminderung des für ihn bekanntlich „unerträglich“ Steuerdrucks. Für die Erhaltung der Entlassenen sollen die letzten Reserven, die letzten Ersparnisse der Arbeiterschaft herangezogen werden. Denn, sagt Dr. Drömann, der Präsident des Landesamtes Westfalen, auf die „Bildung des Sparkapitals soll verzichtet und damit sollen die jetzt an der Arbeit herauszunehmenden Mitglieder ernährt werden.“ Und wenn kein Sparkapital — im vierten Jahr der Krise — vorhanden ist? Dann müssen sie eben verhungern! Denn Sozialismus ist nach Dr. Thyssens Opferbereitschaft.

Solange die Arbeiter in der Republik im Besitz ihrer politischen und sozialen Rechte waren, war das der Bourgeoisie abgerungene und stets hart umkämpfte System der Arbeitslosenunterstützung eine wichtige Errungenschaft, die nicht nur die Arbeitslosen selbst vor dem schlimmsten Elend bewahrte, sondern auch die Stellung der Gewerkschaften auf dem Arbeitsmarkt und damit die erträglichsten Arbeitsbedingungen der Arbeitenden in hohem Maße sicherte. Erst die Verkürzung des Arbeitsrechtes, der Raub jedes politischen Einflusses auch auf die Kommunalverwaltungen hat es ermöglicht, daß aus einem Mittel der Sicherung der Lebenshaltung ein Mittel der Zermürbung und Verklappung der Arbeiter, daß aus der Arbeitschlacht, dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, im „dritten Reich“ eine Schlacht gegen die Arbeiter und ein Kampf gegen die Arbeitslosen geworden ist.

Eine Milliarde Subvention

(Zusatz) Vor fast genau einem Jahre wurde von dem damaligen Reichsfinanzminister und heutigen Vizekanzler Herrn von Papen der „Steuerzuschuß“ eingeführt.

Die Einrichtung dieser Steuerzuschüsse lief praktisch darauf hinaus, daß den Unternehmern der größte Teil der Steuern auf Jahre hinaus gestundet wurde. Sie erhielten über jede abgeführte Steuersumme einen Gutschein, der von der Reichsbank in voller Höhe eingelöst wurde und erst in späteren Jahren angeblich zurückgezahlt werden sollte.

Papen erklärte damals, daß die rund eine Milliarde Mark, die die Unternehmer auf diese Weise vom Reich ausgezahlt erhalten sollten, zur Anturteilung der Wirtschaft und zur Beschäftigung neu einzustellender Arbeiter für zusätzliche Arbeit verwendet werden müßten. Der ganze Plan baute sich auf der Voraussetzung auf, daß eine Konjunkturbelebung bereits eingeleitet habe.

Hamburg im Rückstand

Rotterdam und Antwerpen im Vormarsch

In Rotterdam und Antwerpen hat der Warenumschlag im ersten Halbjahr 1933 um 2 bzw. 7 Prozent gegen das erste Halbjahr 1932 zugenommen; in Hamburg hat er um ein Prozent abgenommen. Hamburg hat im Gesamtumschlag, einkommend und ausgehend zusammen, zwar wieder an 2. Stelle hinter Rotterdam und vor Antwerpen geblieben, dabei aber ist Rotterdams Vorsprung sehr erheblich größer und Antwerpens Rückstand wesentlich geringer geworden. Im ersten Halbjahr 1932 wurden in Rotterdam 9,87 Millionen Tonnen Waren umgeschlagen, in Hamburg fast ebensoviel: 9,84 Millionen Tonnen. Im ersten Halbjahr 1933 machte der Warenumschlag Rotterdams 10,15 Millionen Tonnen aus, der Hamburgs aber nur 9,74 Millionen Tonnen! In Antwerpen wurden im ersten Halbjahr 1932 7,65 Millionen Tonnen Waren umgeschlagen, in Hamburg 9,84 Tonnen; im ersten Halbjahr 1933 ist Antwerpen mit 8,58 Millionen Tonnen Warenumschlag bereits aber wesentlich näher als im Vorjahr an Hamburg mit seinen 9,74 Millionen Tonnen herangekommen.

Für die ersten sieben Monate des laufenden Jahres ergibt sich für den sechswöchigen Warenumschlag, daß Rotterdam mit 7,63 Mill. To. knapp vor Hamburg mit 7,58 Mill. To. gerückt ist (in den ersten sieben Monaten 1932 hatte Hamburg 9,45 Mill. To. Vorsprung vor Rotterdam). An dritter Stelle folgt Antwerpen mit 5,56 Mill. To. und schließlich Bremen mit 1,93 Mill. To. Im Warenumschlag ist das Bild in den ersten sieben Monaten, verglichen mit der entsprechenden Zeit des Vorjahres, weniger verändert. Rotterdam behält mit 4,5 Mill. To. vor Antwerpen mit 4,3

Die Konjunkturwende ist bekanntlich nicht eingetreten. Jetzt teilt das Reichsfinanzministerium mit, daß seit Ende September 1932 für rund eine Milliarde Steuerzuschüsse ausgegeben worden sind. Das heißt, daß die faktisch hohe Summe der Industrie aus den Mitteln des Reichshaushalts in bar ausbezahlt wurde.

Diese Mittel aber, sagt das Reichsfinanzministerium, die für die Finanzierung zusätzlicher Arbeit bestimmt waren, seien hierfür nur zum allergeringsten Teil, ganz überwiegend aber zur Abtragung „dringlicher Schulden“ verwendet worden.

Es handelt sich also um nichts anderes, als um eine verschleierte ungeheuerliche Subvention. „Drohne“ für die Agrarier, „Wechhilfe“ für die Industrie, alles aus staatlichen Mitteln, und „Winterhilfe“ für die Arbeitslosen aus privater Wohltätigkeit: das ist „nationaler Sozialismus“.

Mill. To. die Führung; Hamburgs Warenumschlag hatte mit 3,8 Mill. To. und Bremen Verstand mit 1,1 Mill. To. ungefähr die gleiche Höhe wie im Vorjahr.

„Einige Einstellungen“

Die Schenk- und Liebe-AG, Düsseldorf berichtet: Im neuen Geschäftsjahr sind einige bemerkenswerte Bestellungen für einige Monate Arbeit geben. Die Verwaltung ist der Ansicht, daß das Russengeschäft einer besonderen Pflege bedarf, da die Voraussetzungen für die übrige Ausführung noch nicht günstiger geworden seien. Um sich an der Arbeitsbeschaffung zu beteiligen, hat die Gesellschaft größere Instandhaltungsarbeiten vornehmen lassen und sich an der durchschnittlichen 40-Stunden-Woche beteiligt. Hierdurch konnten einige Einstellungen erfolgen.

... sonst werden wir wieder rot!“

Aus Hamburg wird uns geschrieben: Zuletzt noch bei dem Aufmarsch der NSD. in Altona, wo Papen sprach, wurden Schilde mitgeführt, auf denen zu lesen stand: „Schafft uns Arbeit und Brot, sonst werden wir wieder rot!“ Davon erzählte ein Meiergehilfe einem Landwirtssohn, der auch SA-Mann ist. Die Folge war eine Strafanzeige. Der Angeklagte erklärte sich bei der Vernehmung nichts gedacht zu haben, er kümmere sich überhaupt nicht um Politik. Das Gericht glaubte ihm und verurteilte ihn deshalb auch nur zu einem Monat Gefängnis, weil er „einen schlechten Scherz gemacht“ habe!

Die deutsche Diamantschleifererei

In dem von der „Banque Nationale de Belgique“ herausgegebenen Bulletin sind interessante Angaben über die Verlagerung innerhalb der deutschen, belgischen und holländischen Diamantschleifererei enthalten. Danach wurden 1929 in Belgien 28 000, in Holland 6 000 und in Deutschland 1 000 Arbeiter in den Diamantschleiferereien beschäftigt. 1932 stieg deren Zahl in Belgien auf 5 000 Mann zurück, in Holland auf 600 Mann, war dagegen in Deutschland auf 3 000 Arbeiter gestiegen und Anfang 1933 auf 4 500. Die an Deutschland abgegebenen Aufträge stammten ausschließlich von in Holland und Belgien ansässigen Industriellen. Infolge des antisemitischen Vorgehens der Naziregierung sankte die Diamantenbörse den Beschluß, Deutschland zu boykottieren. Dieser Beschluß wurde von 90 Prozent der Mitglieder ausgeführt mit folgendem Ergebnis: Mitte Juli 1933 stieg der Beschäftigungsgrad in den belgischen Schleiferereien auf 10 000 Arbeiter, in Holland auf 1 800 Arbeiter, während die Zahl der beschäftigten Arbeiter in Deutschland unter den Stand von 1929, auf 500 Mann, fiel. In diesem Zusammenhang ist ein Prozeß interessant, der in Antwerpen vor dem Handelsgericht anhängig ist. Die Kläger hatten den Beklagten einen Auftrag zur Diamantschleifererei gegeben, den diese trotz Verbots in Deutschland auszuführen ließen. Daraufhin erhielten die jetzigen Kläger vom Diamantenklub eine Strafe von 10 000 Fr., die öffentlich mitgeteilt wurde. Daraufhin klagte diese Firma wegen eines materiellen und moralischen Schadens gegen die Firma, die widerrechtlich in Deutschland die Diamanten schleifen ließ, auf 100 000 Franken.

NSBO.

„Nun sind Bonzen oben“

Der Deutsche Bauergewerksbund, die Gewerkschaft der Bauarbeiter Deutschlands, beschäftigte in seiner Zentralverwaltung zur Zeit des „traffischen Liberalismus“, als noch die „letzten marxistischen Bonzen“ das Heft in der Hand hatten, ca. 30 Angehörige. In dieser Anzahl ist auch der jüngste Korrespondent mit eingerechnet. Unter der Herrschaft der braunen Volksbeglucker hat sich die Zahl der Angestellten auf 160 (einhundertsechzig) erhöht. Der jetzige Hauptbeamte erhält ein Gehalt von sieben hundert Reichsmark pro Monat, dazu eine Aufwandsentschädigung nach freiem Ermessen.

Früher genügte zur Erledigung des Ansehendes ein Automobil, jetzt wurden außerdem fünf neue Wagen angeschafft.

Schon an diesen Zahlen ist deutlich festzustellen, daß die hegreiche Durchführung des Hitlerischen Arbeitsbeschaffungsprogrammes rußig voranschreitet. Wie herrlich wird es in Deutschland erst ausfallen, wenn Hitlers Vierjahresplan restlos durchgeführt sein wird.

Weniger Juden — weniger Arbeitlose

Einer der Führer der Frankfurter „Arbeitsfront“ hat in einer Rede erklärt: „Weniger Juden, das heißt: weniger Arbeitslosigkeit.“

Deutsche Stimmen

Feuilletonbeilage der „Deutschen Freiheit“ * Freitag, den 22. September 1933 * Ereignisse und Geschichten

„Weh Dir, daß Du ein Enkel bist“

Die Sippschaftstafel droht

In einer Versammlung in Weimar machte der Präsident des Thüringischen Landesamtes für Rassenwesen, Dr. Kretzschmar, Ausführungen zur Frage des Stammbaues, der Sippschaftstafel usw. Er erklärte, daß die Sippschaftstafel, die aus den vier Großeltern und deren sämtlichen Nachkommen bestehe, allen anderen Tafeln vorzuziehen sei. Eine Ahnen- und Sippschaftstafel zu führen, werde in Zukunft allen zur Pflicht gemacht werden.

Von jedem Volksgenossen werde aller Wahrscheinlichkeit nach eine Ahnentafel verlangt werden, die bis zur 18. Generation zurückzuführen müsse. Diese Tafel sei für die Vererbungsberatung sehr wichtig. Dadurch werde es unmöglich sein, daß jemand, ohne daß er es wisse, einen Judenmischling heirate.

Dieser Rasse-Artel ahnt nicht, welche Bombe er in den Gehirnen der Deutschen Rasse geworfen hat. Die Anzahl vergangener Generationen, die Mischlingsgehirne des 19. Jahrhunderts, der goldumrandete Eichelhäfen und der läche Seitenprünge — sie haben gemeinsam den nordischen Samen in die Akerfurche minderrassiger Geschlechter geworfen. Die Sippschaftstafel wird es erweisen. Jetzt geht es nicht nur um die jüdische Großmutter. Jetzt wird die Blutprobe ausgedehnt auf Urväter mit der Allongeperrücke, die nicht ahnten, welchen Schlag es für ihre Urnenkel bedeuten könnte, als sie die Kraft ihrer Venden nicht der Vererbungsberatung unterwarfen.

Getretener Quark

In Veihagen und Klafings Monatsheften erfreut der Leiddichter des „dritten Reiches“, Hanns Johst, den Spießbürger durch ein Zwiegespräch, das er mit Hitler tätigt. Der große Däsa verbreitet sich darin über die „Einheit von Bürger und Arbeiter“. Das Niveau des ganzen Quarkes ist zu ersehen an der hohlen Geschwollenheit des Tonens, mit dem beide drauflos reden, wobei der große Däsa den Vogel abschließt. Wir geben hier nur einige Blätter wieder:

„Ein Teil der bürgerlichen Welt und bürgerlichen Weltanschauung steht es, als völlig uninteressiert am politischen Leben angesprochen zu werden...“

„Jeder Deutsche, ob er will oder nicht, ist durch seine Eingeburt in das deutsche Schicksal, durch sein Dasein repräsentative Darstellungsform eben dieses Deutschland. Ich habe mit diesem Grundgesetz jeden Klassenkampf aus den Angeln...“

... und zweitens bin ich niemals unter dem Aspekt des Bürgerlichen zu verstehen...“

Dieser Adelsbrief allein veredelt den Soldaten wie den Bauern... auf die einzig mögliche Richtschnur aller deutschen Zielstrebigkeiten: auf die Nation...“

Wird die Sippschaftstafel auch den Führern zur Pflicht gemacht? Wenn ja, dann dämmert uns Schreckliches. Die Juden, die schon mit den Römern kamen, als die heutigen Beherrscher des „dritten Reiches“ noch in östlichen Gefilden den Auerocks jagten, entdecken oft mit Entsetzen, daß in den Gesichtern ihrer heutigen Bedrücker mosaikartige Linien ihr Spiel treiben — triviale Fronten, wie sie die Weltgeschichte liebt.

In Deutschland — besonders ungünstig

Der berühmte Heidelberger Internist Prof. Dr. Kretzschmar, Ritter des Pour-le-merite (Friedensklasse), einer der ersten Kliniker Deutschlands, hat kürzlich in Heidelberg eine Rede gehalten, in der er ausdrücklich erklärte, daß der heutige Stand der Wissenschaft irgendeine positive Stellungnahme zum Rassenproblem nicht zulasse; irgend ein Urteil, insbesondere auch über die ungünstige Entwicklung der Rassenminderung in Deutschland, läßt sich, wenigstens auf Grund wissenschaftlicher Untersuchungen, nicht abgeben.

Selbst die italienische Presse macht sich über die Wichtigkeit, mit der das Rassenproblem in Deutschland behandelt wird, lustig. Der „Popolo d'Italia“, das Organ Mussolinis, bringt einen abnehmenden Artikel über die Behandlung des Rassenproblems in Deutschland; dieser Artikel macht die Runde durch die ganze italienische Presse, die den Inhalt stark unterstreicht.

„Eingeburt“ und „Adelsbrief“

Seit Hitlers Meinungsbuch weiß man, daß dieser Desterreicher ein schauerhaftes Deutsch schreibt. Aber das Deutsch des Oberdemagogen hat sich seitdem wesentlich verschlechtert. So veranlassen sprechen Leute, die mehr sein wollen als sie sind, die nicht zu sagen haben und lügen. Kein gerader Mensch kann solche Sätze von sich geben. Daneben war selbst Wilhelm II. mit all seinem Geizne ein Muster von Klarheit. Das Bild von dem Grundgesetz, der jeden Klassenkampf aus den Angeln hebt, sollte sich kein Bißblatt entgehen lassen.

Und diese aufgeblassenen, leeren, unendlichen Geschwollenheiten werden heute en Masse durch Rundfunk und Presse auf das Volk losgelassen!

Unter allen Stolzern halte ich die Nationalstolzen sowie die Geburts- und Adelsstolzen für die größten Narren. Was ist eine Nation? Ein großer ungepflanzter Garten voll Kraut und Unkraut. Wer wollte sich dieses Sammelplatzes von Torheiten und Fehlern sowie Vortrefflichkeiten und Tugenden ohne Unterscheidung annehmen! Herder.

So sangen sie — so siegten sie

So steht die Sturmkolonne zum Kampfe bereit, erst müssen Juden bluten, erst dann sind wir befreit.

Der Jude kriegt 'nen Schrecken, er macht den Geldstrahant auf, Adolf Hitler macht die Rechnung mit dem Pistolenlauf.

Wenn der Sturmsoldat ins Feuer geht, ja dann hat er frohen Mut, denn wenn das Judenblut vom Messer spritzt, dann geht's noch mal so gut.

Ladet die blanken Gewehre, ladet sie mit Pulver und Blei, schießt an die jüdischen Hunde, nieder mit der Judentyranei.

S. A. Marschlied.

Bier her, Bier her...!

Der knorrig-deutsche Verlag Knorr und Hirth kündigt im „Börseblatt für den deutschen Buchhandel“ zwei deutsche Werke an: einen „Deutschen Schulkalender“ und einen „Deutschen Bierkalender“. Ueber den Kalender für die Jugend des „dritten Reiches“ schreibt die Zeitschrift „Nationale Erziehung“:

Der Deutsche Schulkalender entwickelt in Bild- und Anschauung ein helles Bild der neuen deutschen Schule.

Mit Deutschlands Erneuerung hingegen beschäftigt sich in stolzer Bild- und Anschauung der Deutsche Bierkalender, über den die Zeitschrift „Volk und Heimat“ schreibt:

Der Deutsche Bierkalender ist so recht geeignet, einmal vor Augen zu führen, was für ein wichtiger Faktor das Bier im Leben der Völker zu allen Zeiten gewesen ist und was für eine große Rolle es gerade in der Gegenwart spielt.

Das „dritte Reich“, im Münchner Hofbräuhaus mit braunem Saft getauft, findet also wieder den Weg zum Urquell seiner Kraft zurück.

Das abgelehnte Nazi-Buch

Die Bücherausfuhr soll zentralisiert werden

Da die Ausfuhr deutscher Bücher immer mehr zurückgeht, beabsichtigen die Nazi, durch eine zentralisierte Propaganda für das Nazi-Buch im Ausland zu werden. Die Buchhändler in der Tschechoslowakei, Desterreich und der Schweiz werden mit Mißtrauen betrachtet; man erwägt, die Ausfuhr zu sperren und nur durch eine Monopolfirma durchzuführen zu lassen, damit so die Kontrolle erleichtert werde. Dieses Monopol soll die Koenig und Woldmar A. G. u. Co. erhalten. Besonders vertrauenswürdige Firmen sollen Monopole für einzelne Länder erhalten, das heißt, sie werden mit der Naziagitator in einzelnen Ländern betraut. Das Sortiment von Nazi-Büchern, die G. A. von Dalem A. G. soll Südamerika, die Firma Kraft und Drolleff A. G. in Hermannstadt (!) soll Rumänien zugewiesen bekommen. Der braune Imperialismus greift also zielbewußt alle Länder und Völker an.

Theaterdichter, die erlaubt sind

1. Von Göbbels bis Ewers

Zuerst ist in diesem Zusammenhang das vom Propagandaministerium lebhaft geförderte Schauspiel „Grenze“ von Felix Lütjendörfer zu nennen. Es behandelt die Polenfrage und kommt in Leipzig in Uraufführung heraus. Hanns Heinz Ewers hat zusammen mit Paul Meyer seinen „Vorhoffel-Roman“ bearbeitet. Vom Reichsminister Dr. Göbbels selbst bringt das Berliner Komödienhaus den „Bändiger“. Otto Faust beschäftigt sich in zwei Stücken mit der Gegenwart; in „Weg in den Morgen“ und in „Ein paar Frontkämpfer“, die durch die Nachkriegszeit auseinandergebracht wurden und jetzt wieder durch den nationalsozialistischen Gedanken vereint sind. Von Christian Hilfer bringt voraussichtlich Frankfurt a. O. den „Braunen Soldaten“.

2. Auch Gerhart Pohl!

In die „vorkriegs“ Vergangenheit gehen sehr viele: z. B. der Verfasser der „Marxschlacht“ Paul Josef Cremers mit einem Separatistendrama, Harry S. Best mit „Versailles“, der Geschichte eines Friedensvertrages, Gerhart Pohl mit einer Komödie „Kuhhandel“, einem Korruptionsstück, das in Schlesien spielt und das die Deutsche Bühne Breslau uraufführen wird.

Gerhart Pohl war bis zur „nationalen Revolution“ linksradikal, was ihn nicht hinderte, vielfach sozialdemokratische Hilfe zu erbitten und anzunehmen. Vor drei Jahren schrieb er ein Stück zur Verherrlichung Rosa Luxemburgs...

3. „Genius im Labyrinth“ Georg Kaiser

Ein Schauspiel von Hans v. Zwehl befaßt sich mit dem „Aufbruch in Flandern“, ein anderes Stück mit „Unserer ewigen Tragödie“. Das erste zeigt erstmalig Kassel und Freiburg i. Br., das letzte Regensburg. Von Heinrich Weller kommt ein Schauspiel „Feind im Blut“. Das Stadttheater Würzburg bringt die „Schwimmende Insel“, ein Kriegs-Kindermärchen des im Weltkrieg gefallenen Walter Flex zur Uraufführung. Herbert Huden hat ein großes Werk um Richard Wagner geschrieben, „Genius im Labyrinth“, das das Schauspielhaus Bremen erworben hat. In dieser Verbindung kann man vielleicht auch des früheren Berliner Filmkritikers Roland Schacht „Madame Steinheil“ aufzählen. Georg Kaiser hat sich einen „Offizier aus dem Weltkrieg“ als Helden ausgesucht.

4. Serie der Historie

Historische Stücke aus älterer Zeit, aber „unter ausdrücklicher Betonung des Zusammenhangs mit der Gegenwart“, wird man mehrere sehen können. Es wären da zu erwähnen: „Thomas Paine“ von Hanns Johst, ferner eine Neubearbeitung von Gutzkow „Des Königs jüngster Rekrut“ von A. Andermann, dann vor allem von Paul Gurl „Heinrich IV.“ (Erfurt), eine Wiederauffrischung von Stiller's „König“, zweiter Teil seines Friedrich-des-Großen-Dramas (Staatstheater Berlin), das Werk des Schweizer, Gottlieb Heinrich Peet, „Ein König — ein Mensch“ (St. Gallen), das die Ermordung Heinrichs IV. durch Ravillac in zeitgemäher Weise abhandelt; ferner von Hermann Heinz Driner ein Bauernaufstandsdrama mit dem Titel „Stellan Jaddinger“; übrigens schrieb auch Villinger ein neues Stück dieser Art, „Die Erbin“. Von Nichthofen kommt in Berlin der „Staatskanzler“ heraus; gemeint ist Hardenberg. Von Jidel v. Jahn wird ein großes vaterländisches Schauspiel aus der Zeit von 1813 „Jena“ zur Uraufführung gelangen. Viel verspricht man sich von Ulrich v. Klimesch, dem Dichter des „Ulrich von Hutten“, und keinem „Kleins Tod“. Auf Wilh. Biermanns „Empörung“ setzt man ebenfalls viel Hoffnung. Heinrich Villenfeld zieht im „Großen Karamann“ eine Parallele zur Gegenwart und beschreibt den Kampf zweier Rassen um das Sinnbild eines großen Gottes, den ihnen die Führer des Volkes vortäuschen.

5. Von Hauptmann zu Dietrich Eckart

In ganz ferne Zeiten geht Eberhard Kubig mit seiner „Trilogie“, die Kassen angenommen hat. Wilhelm Schmidhagen hat um „Dietrich von Bern“ eine Ballade geschrieben. Viele Schriftsteller ziehen es freilich vor, nicht allzu sehr die Gegenwart zu betonen. Von Gerhart Hauptmanns „Goldener Halse“ läßt sich aber sagen, daß es ganz zeitabgewandt ist und die Liebe zweier Brüder zu einer Frau als Grundlage hat. Wilhelm v. Scholz hat bei den Staatstheatern Berlin und Dresden seine neue Calderon-Bearbeitung angebracht. Schönherz bereitet ein „Passionspiel“ vor, von dem erfolgreichen Siegmund Grassl, der jetzt übrigens in der Theaterabteilung

des Propagandaministeriums sitzt, erworben Leipzig, Darmstadt und Frankfurt a. M. die „Heimkehr des Matthias Bruck“; in Vorbereitung ist seine „Volkstanz der Madonna“. Kurt Corrinth hat ein Volksstück „Hollo! Nur Mut!“ beendet, Otto Ernst Doffe eine Komödie „Frühling in Franken“, Kurt Kluge, der Dichter von „Ewiges Volk“, hat „Ausgrabungen der Venus“ (eine Komödie) gemacht. „Die große Chance“ von Alfred Böllner und Hans Lorenz ereignet sich der Annahme bei mehr als fünfzig Bühnen. Das Stadttheater Leipzig hat von F. A. Feyertein sich dem Schöpfer des „Japanstreiches“, „Sommer in Tirol“ gesichert. Max Drever wartet mit einer Komödie „Windstärke 12“ auf, Heinrich Jagenstein hat ein Lustspiel „Das Teufelsfinale“ beendet. Eindeob hat unter dem Titel „Was nicht in die Zeitung kommt“ dramatische Reportagen zusammengestellt. Jakob Weiss hat sich noch einmal den „Kean“ von Dumas vorgenommen, von Gottfried Kibel wird man ein Schauspiel „Der Holmann“ sehen.

Dietrich Eckart, der Freund Hitlers und Mitbegründer des „dritten Reiches“, wird zweimal uraufgeführt: in Leipzig die Renaissancekomödie „Lorenzaccio“ und ein Schwank „Ein Kerl, der spekuliert“. Von August Dürich, dem erfolgreichen Dichter von „Kraut um Jolanthe“ erwartet man ebenfalls eine Neuheit.

Nicht Gleichgeschaltete

„Neue Bühne Paris“

Unter Leitung von Max Färst hat sich hier eine Gruppe deutscher Schauspieler, die sich nicht gleichschalten lassen wollten, zur Neuen Bühne, Paris, zusammengefunden. Als erste Vorstellung findet am 25. September die deutsche Uraufführung von „Francerie“ von Paul Knapal, vom Autor des „Grabmal des unbekannteren Soldaten“ statt. Die deutsche Fassung stammt von Hans Adalbert von Maltzahn und trägt den Titel „Die Karne“. Die Hauptrollen spielen Margarete Grubny von den Reinhardt-Bühnen, Berlin, Walter Gunt vom Berliner Staatstheater und Max Fischer von den Münchener Kammerspielen. Die Gruppe hat aus Wien und London bereits Gastspiele erhalten.

DAS BUNTE BLATT

NUMMER 81 - 1. JAHRGANG - TÄGLICHE UNTERHALTUNGS-BEILAGE - FREITAG, DEN 22. SEPTEMBER 1933

Die Schulfreundinnen

Von Vera Stenzel

Es war an einem Vormittag in der Straßenbahn, neben mir sah eine noch junge Frau mit dem verforgten, blassen Gesicht der Proletarierin. Unter ihrem Sitz stand die Einkaufstasche, ihre Hände lagen auf der abgegriffenen Handtasche und ihre Augen blickten so stumpf und müde vor sich hin, wie die eines Menschen, der vom Leben nichts mehr erwartet. Diese Hoffnungslosigkeit übertrug sich auf ihr ganzes Wesen so sehr, daß sie nicht einmal rasch genug aufstand, um sich den Fensterplatz mir gegenüber zu erobern, und einer schlanken, überaus eleganten Frau den Vortritt lassen mußte.

Mit einem kurzen, feindseligen Blick rächte sie sich an der hübschen Frau, die ihr in allen Fragen des Lebens festhalter und begünstigter als ihre eigene Person erschien. Dann fiel sie wieder auf ihren alten Platz.

Die andere aber sah anmutig und lächelnd am Fenster und ließ mit sichtlichem Behagen alle Blicke um ihre Erscheinung spielen. Es war keine ganz einfache Sache für die Beobachter, diese Frau richtig einzureihen. Für Halbwelt war sie noch zu hübsch und zu vornehm, für solches, gut fundiertes Bürgertum war ihre Eleganz zu schreiend und der Stunde und der Umgebung wenig angepaßt. Ich mühte mir meinen eigenen Roman um sie dichten, wenn ihn mir nicht schon wenige Minuten später das Leben selber echter und packender als jede Erfindung in die Hände gespielt hätte.

Denn währenddem ich mir noch das gepflegte und doch ein wenig ermüdete Gesicht meines Gegenüber besah, geht in ihm eine Veränderung vor sich. Das feste Lächeln wird weicher und persönlicher, und die blauen Augen bleiben an den Zügen meiner Nachbarin hängen und lösen endlich eine leise Frage aus:

„Sie können sich wohl nicht mehr an mich erinnern . . .“

Die Frau neben mir blickt staunend, mißtrauisch und abwehrend nach der Fremden. Ihr Leben bringt sie nicht oft mit ähnlichen Erscheinungen in Verbindung.

„Jehsa, die Else . . . Nein, hast du dich verändert . . .“

„Gelt, ja! Ja, es geht mir gut, ich tanz' jetzt drinnen in der Stadt,“ und nennt den Namen eines erstklassigen Varietés.

„Als — Girl,“ und unsicher über die Richtigkeit ihrer Aussprache sagt sie noch hinzu: „Mit anderen in einer Tanztruppe, so wie du angefangen hast?“

„Na, das ist schon lange her, ich tanze längst schon Solo, herrliche Kostüme hab' ich, und das ist die Hauptsache.“

„So? Und tanzen braucht man gar nicht können, nur halb nackt muß man sein . . .“

„Aber geh, was du schon wieder glaubst! Freilich hab' ich tanzen gelernt, aber nicht so wie die Zatter Nizi, du weisst doch noch aus der Schul', die so viel Jahre auf die Akademie gegangen ist und dann erst kein Engagement bekommen hat. Ich hab' gleich ins Verdienen müssen und war viel herum, in Preßburg und in Budapest und dann in Rumänien, bis nach Konstantinopel bin ich gekommen . . .“

„Ja, davon habe ich einmal gehört, denn da hab' ich deine Mutter auf der Gasse begegnet und angeweiht hat sie mich, daß du krank bist und so weit in einer fremden Stadt im Spital liegen mußt!“

„Das waren auch keine schönen Zeiten für mich und doch bin ich froh, daß ich damals krank geworden bin, Typhus habe ich gehabt und das Konulat hat mich zurückgeschickt, weil ich noch keine sechzehn Jahre alt war. Wer weiß, ob ich sonst jemals noch zurückgekommen wär'. Aber der Typhus war mein Glück, und wie ich nach Wien gekommen bin, habe ich mir meine Engagements schon selber gesucht und den Vater nicht mehr dazu gebraucht — der war damals auch schon tot . . .“

Das Mißtrauen an meiner Seite weicht allmählich einem kleinen Mitleid. Krank, fremd und fern der Heimat, welche Frau könnte sich solchen Werbemitteln verschließen? Sie hört jetzt mit anderen Ohren zu und die Fragen, die sie an die stiel und halbamt erzählende Schulfreundin stellt, klingen nicht mehr so moralisierend und zurechtweisend. Diese Schulfreundin von ehemals aber nicht ihren Vorteil und erzählt mit dem Tempo und der Buntheit eines geschickten Regisseurs. Kleine Zeitabschnitte des Lebens werden diskret gestrichen, andere wiederum mit doppelter Liebe ausgemalt. Film, Theater und Girkum überkreuzen sich und mit den Namen der Städte, die auf ein wüdes Auf und Ab des Glücks und der Verbindungen schließen lassen, könnte man in Plakatform die Wand eines geräumigen Reisebüros bekleiden. Wie weit sie bei dieser Erzählung mit den eigenen Erlebnissen auslangt, wie weit sie solche der Kolleginnen vom Fach einschmuggelte, war schwer zu erraten. Die Fahrt zur Probe, ein paar rasch ausgeframte Fotografien und die vorchriftsmäßige Übereinstimmung von Schuh, Tasche und Handschuhstulpe konnten immerhin als einiger Beweis angenommen werden.

Die Frau neben mir aber hielt den Oberkörper vorgebeugt, um kein Wort zu verlieren, Seele und Sinne hielten alle Eingangstore für jene Welt geöffnet, die sie tausendmal verachtet und beschimpft hatte und die sie in diesem Augenblick so gern gegen ihr eigenes karges Leben eingetauscht hätte. Während einer kleinen Redepause von drüben zog sie tief die Luft ein, als mühte sie sich im Zuhören eine kleine Erholung gönnen:

„Und jetzt bist doch wiederum zu Hause bei der Mutter, wo es am schönsten ist?“ sagte sie wie zur Rettung ihres eigenen kleinen Alltags.

„Aber die Mutter ist doch längst zur Luze gezogen, zu meiner älteren Schwester, weicht, die ist eine große Dame geworden und verdient sehr viel Geld. Mein kleiner Bruder ist auch dort . . .“

„Wird der auch Artist?“

„Nein, aber jetzt erzähl' einmal von dir, wie es dir geht und was du machst! Hast schon geheiratet?“

Die Frau neben mir seht sich wiederum zurück, der eben noch halboffene, lauschende Mund wird zu einem harten schmalen Strich:

„Du wirst doch noch wissen, wie unsereins lebt! Zuerst die Lehr' und dann die Arbeitslosigkeit und die Vorwürfe von den Alten, daß man ihnen in der Tasche hängt . . .“

„Und die anderen, die noch mit uns in die Schule gegangen sind?“

„Ein paar sind schon verheiratet und die anderen, denen geht es so wie mir, sie sitzen und warten auf etwas, was nicht kommt!“

Der Wagen ist jetzt ganz nahe der Opernkreuzung, die hübsche Frau mit gegenüber richtet sich zum Aussteigen.

„Weil ihr aber auch alle so dumm seid und immer nur sitzen wollt und nichts anfangen, ich bin halt hineingestiegen ins Leben und es geht mir gut . . .“

Da aber ist mit einem Schlag alles Menschliche zertrübt, wie es sich zwischen diesen beiden entsponnen hatte. Gehässig und verächtlich funkeln die Augen meiner Nachbarin:

„Du, du, sag' so etwas nicht! Es kann nicht jede ein solches Leben führen wie du . . .“

Die andere aber war aufgestanden, suchte bloß ein wenig mit den Schultern, aber ihre Augen lächelten nicht mehr, sondern blickten weit zurück in eine andere Zeit:

„Ihr habt leicht reden, ihr habt immer euer Bett gehabt und euer Essen, aber ich . . . Na, vielleicht sehen wir uns wieder einmal, lieb wohl!“

Der geistesgegenwärtige Jannings

Als Jannings noch Anfänger auf der Bühne war, hatte er in einem Stück einen Brief zu lesen, der ihm vom Gerichtsvollzieher überreicht wurde. Um den langen Brief nicht auswendig lernen zu müssen, hatte er es so eingerichtet, daß er sich den Text von dem Gerichtsvollzieher überreichen ließ. Der Darsteller des Gerichtsvollziehers wollte ihm einmal einen Possen spielen und reichte ihm statt des Briefes ein leeres Blatt. Das aber brachte Jannings nicht in Verlegenheit: „Ich muß Ihnen ein Geständnis machen,“ sagte er, „ich habe im Leben niemals eine Schule besucht — lesen Sie mir den Brief vor.“ — Aber auch der Gerichtsvollzieher war nicht so leicht ins Borhorn zu jagen: „Gerne,“ meinte er, „aber da muß ich mir erst meine Brille holen.“ — Ging ab und kam mit dem richtigen Brief zurück.

Achtzehn Monate in tiefem Schlaf

Ein junges Mädchen aus Chicago mit Namen Mina Patricia Maguire liegt seit achtzehn Monaten schlafend in einem Krankenhaus der Stadt, ohne daß es den behandelnden Ärzten bisher gelungen wäre, sie zum Erwachen zu bringen. Es ist ein in der Medizin einzig dastehender Fall, daß es bisher trotz Anwendung aller bekannten Gegenmittel nicht gelungen ist, den Schlaf wenigstens vorübergehend zu bannen. Die Ärzte sind vor kurzem sogar zu der sehr gewagten Methode geschritten, der Schlafenden Typhusbazillen einzuspitzen, in der Hoffnung, daß diese Bazillen die Schlafkrankheitsbakterien vernichten würden. Aber auch dieser Eingriff ist ohne Erfolg geblieben.

„Vereinigung unglücklicher Ehegattinnen“

In Avignon wurde vor einigen Tagen eine „Vereinigung unglücklich verheirateter Frauen“ gegründet. Das Ziel der Vereinigung ist es, den unglücklichen Frauen das Glück zu erweisen, das ihnen in der Ehe versagt blieb. Die Statuten der Vereinigung sind streng moralisch. Die Mitglieder des Verbandes, die sich in gegenseitigen Aussprachen Trost zu spenden haben, dürfen nach 8 Uhr abends nicht mehr außer Haus weilen, solange zwischen ihnen und ihrem Gatten nicht die guten Beziehungen wieder hergestellt sind oder die Scheidung nicht rechtsgültig durchgeführt wird.

Kinder erzählen

„Freddy, kannst du denn gar nicht brav sein?“
„Ich möchte ja, Mutti, jeden Abend bitte ich den lieben Gott, daß er mich brav werden lassen soll . . . Aber er will nicht!“

Der Papa hat die Vase zerbrochen, Mamas Heiligum. Bobby sieht sich die Beiseherung an. Nach längerem beiderseitigen Schweigen macht Bobby den Vorschlag: „Dad, wenn du mir einen Penny gibst, sag ich, daß ich es gewesen bin . . .“

„Was liest du da für ein Buch, Bobby?“
„Moderne Kindererziehung.“
„Warum liest du gerade das?“
„Ich will sehen, ob ihr mich richtig erzieht.“

„Wer kann mir sagen,“ fragt der Lehrer seine Schüler „woran ein Fischwey gemacht wird?“
Billo meldet sich:

„Aus einem Haufen kleiner Föcher, Mister Doyers, die mit Stricken zusammengebunden werden.“
Von Vera Stenzel

Fontamara

ROMAN VON IGNAZIO SILENE

„Wovon spricht man hier dann eigentlich, wenn Cavaliere Felino wie rasend in die Hauptstadt zurückkommt?“ fragte Innocenzo.

„Man diskutiert ein wenig über alles,“ fing die Sorcanera wieder an. „Man diskutiert über Preise, Löhne, Steuern, Gesehe; heute diskutierten man über Ausweise, Krieg und Auswanderung.“

„Na also, gerade darüber sollt ihr nach der Verordnung des Podesta in Zukunft nicht mehr diskutieren,“ erklärte Innocenzo. „Dies ist keine Spezialverordnung gegen euch, sie ist für ganz Italien erlassen worden . . . Man soll in öffentlichen Vokalien nicht mehr über Steuern, Gehälter, Preise und Gesehe diskutieren . . .“

„Also soll man nicht mehr denken!“ schloß Berardo.

„Nichtig! Berardo hat es ganz genau verstanden!“ rief Innocenzo aus. „Das ist der Sinn dieser Bestimmung. Man soll endlich mit den Diskussionen Schluss machen.“

Innocenzos Befriedigung darüber, daß Berardo ihm recht gab, war so groß, daß er dessen Vorschlag annahm, die Verordnung, die er selbst in unserer Gegenwart auf ein großes Stück weißes Papier aufschrieb, noch klarer zu gestalten, durch den Wortlaut:

„Per ordine del podesta è proibito ragionare.“

„Auf Befehl des Podesta ist Diskutieren verboten.“

Berardo schlug vor, das Plakat über dem Eingang zum Wirtshaus anzuschlagen. Seine Zuverlässigkeit verblickte uns. Als wäre es damit noch nicht genug, fügte er hinzu:

„Jetzt wehe dem, der an das Plakat rührt!“

Innocenzo gab ihm die Hand und wollte ihn umarmen. Aber die Erklärung, die Berardo anschloß, dämpfte seine Begeisterung.

„Das, was der Podesta heute verordnet, habe ich immer gepredigt. Immer. Mit den Herren diskutiert man nicht, das ist mein Grundtag. Alles Unheil der Casone kommt vom Diskutieren. Der Casone ist ein Esel, der denkt. Daher ist unser Leben hundertmal schlimmer, als das der wirklichen Esel, die nichts überlegen — oder wenigstens so tun —. Der „dumme“ Esel trägt 70, 80, 100 Kilo; mehr trägt er nicht. Der „dumme“ Esel braucht eine gewisse Menge Stroh. Der „dumme“ Esel hat eine begrenzte Geschwindigkeit. Du kannst von ihm nicht das Gleiche erreichen, wie von der Kuh, der Biene oder dem Pferd. Kein Argument überzeugt ihn. Kein Zureden setzt ihn in Gang. Er versteht dich nicht — oder er tut so —. Der Casone hingegen diskutiert. Der Casone kann überzeugt werden. Er kann überredet werden, aber die Grenzen seiner Körperkraft hinaus zu arbeiten. Man kann ihn zum Gehen bringen. Man kann ihn dazu bewegen, sein Leben für den Herrn zu lassen. Man kann ihn in den Krieg geben machen. Man kann ihm weismachen, daß es im Jenseits eine Hölle gibt. Seht die Folgen von alledem. Schaut um euch und erkennt sie.“

Für uns war das, was Berardo sagte, nichts Neues. Aber Innocenzo La Vegge war entsetzt.

„Ein unvernünftiges Wesen weigert sich zu fasten. Es sagt: wenn ich fresse, arbeite ich, wenn ich nicht fresse, arbeite ich nicht.“ fuhr Berardo fort. „Vielmehr, es sagt das nicht einmal, denn dann würde es ja diskutieren, aber aus Instinkt macht es das so. Stellt euch einmal vor, daß die sechs-tausend Casone, die den Lucino bebauen, halt vernünftiger Wesen, das heißt zahm, beschreibbar, mit Respekt vor den Carabinieri, dem Priester und dem Richter, wirkliche, jeder Vernunft bare Pastiere wären . . . Prinz Torlonia könnte betteln gehen! . . . Du bist hierher gekommen, teurer Innocenzo, und bald wirst du auf der dunklen Straße wieder

in die Hauptstadt wandern. Was hindert uns dann, dich niederzuschlagen? . . . Sprich!“

Innocenzo wollte etwas stammeln, aber er konnte nicht; er war bloß wie eine Leiche.

„Was uns hindert,“ fuhr Berardo fort, „ist die Diskussion der Folgen, die ein Mord mit sich brächte. Aber du, Innocenzo, hast mit eigener Hand auf jenes Papier geschrieben, daß ab heute, laut Befehl des Podesta, alle Diskussionen verboten sind . . . Du hast den Faden durchgeschnitten, an dem deine Sicherheit hing . . .“

„Höre,“ gelang es Innocenzo endlich zu sagen, „hör einmal. Du sagst, du setzst gegen Diskussionen, aber halt dessen möchte ich sagen, scheint, daß du mir zu viel diskutierst . . . Dein ganzer Vortrag war nichts anderes als eine Diskussion . . . Ich habe niemals einen Esel, will sagen einen unvernünftigen Casone, so sprechen hören . . .“

„Wenn das Diskutieren nur den Herren und der Obrigkeit Vorteile bringt,“ fragte ich Berardo, „warum hat dann der Podesta beschlossen, alles Diskutieren zu verbieten? . . .“

Berardo schweig eine Weile. Dann antwortete er:

„Es ist spät geworden. Morgen muß ich um drei Uhr aufstehen, um in den Lucino zu gehn. Gute Nacht . . .“

Und er ging.

Die Diskussionen mit ihm endeten immer so. Er redete, predigte ganze Stunden lang wie ein Pfarrer, sagte die absurdsten und radikalsten Dinge, die ihm in den Sinn kamen, in einem Ton, der seinen Widerspruch duldete. Dann, wenn er fertig war, stellte ihm einer ein Bein, er kam in Verlegenheit und ging wortlos weg.

An jenem Abend kehrte Innocenzo La Vegge nicht in die Hauptstadt zurück.

Vielleicht waren es die Drohungen des Berardo. Vielleicht war es eine plötzliche Schwäche, er zog es auf jeden Fall vor, die Nacht neben der Sorcanera zu verbringen.

(Fortsetzung folgt.)

Spaniens Regierung ohne Sozialisten

Den Anlaß zu der seit längerer Zeit erwarteten Wendung in Spanien haben die jüngsten Wahlen zum Verfassungsgerichtshof gegeben, die durch die Gemeindervertretungen erfolgen. Hierbei haben die oppositionellen Parteien zwei Drittel der Sitze erlangt. Azana hat es abgelehnt, aus diesem Ergebnis politische Folgen abzuleiten, mit der Begründung, daß es sich nicht um politische Wahlen gehandelt habe. Diese Haltung des früheren Ministerpräsidenten entbehrt nicht einer gewissen Tragik. Er hatte sich nämlich geweigert, irgendwelche politische Propaganda für die Wahlen zu organisieren, von amtlicher Wahlbeeinflussung ganz zu schweigen. Während so die Regierung sich vornehm auf den Standpunkt stellte, es handle sich um eine überparteiliche Angelegenheit, hat die Opposition — und zwar nicht nur die verfassungstreuen Republikaner, sondern auch die Monarchisten und Klerikalen — eine sehr emsige und energische Wahlpropaganda entfaltet, deren Ergebnis sie bei der Wahl einheimsten. Azana, der nicht nur ein klarer und vorzüglicher Kopf ist, sondern auch über vorzügliche Nerven verfügt, blieb nach wie vor auf dem Standpunkt, daß in einem parlamentarischen Regime der Rücktritt des Ministeriums nur zu erfolgen hat, wenn ihm entweder die Kammermehrheit oder das Staatsoberhaupt das Vertrauen entzieht. Die Kammer gab ihm ein Vertrauensvotum, aber der Präsident der Republik, Zamora, zeigte ihm ein so verlausliertes Vertrauen, daß Azana zurücktrat — der Staatsmann, dem die spanische Republik nie vergessen darf, daß er das Agrargesetz und die neue Kirchengesetzgebung allen Widerständen zum Trotz in den sicheren Hafen geführt hat.

Das sozialistische Parteiblatt „El Socialista“ hat kurz vor der offiziell erklärten Krise geschrieben: „Da wir die Demokratie anerkennen, beugen wir uns loyal all ihren Folgerungen.“ Es bleibt dahingestellt, ob diese Uebergabe des Regierungssiegers an die Rechte, nämlich an die Vertreter des industriellen nordspanischen Großkapitals, denen ein Bündnis mit den Großgrundbesitzern nicht schwerfallen dürfte, wirklich eine unvermeidliche Folgerung der Demokratie war.

Was heute in der Uebergabe der Regierung an den Führer der Radikalen, LERROUX, zutage tritt, hat natürlich viel tiefere Wurzeln als die unterbliebene Verteidigung regierungsparteilicher Kandidaturen zum Verfassungsgericht. Es bedeutet ja nichts Geringeres, als das Zurücknehmen der seit dem 14. April 1931 von Sozialisten und Linksbürgerlichen verteidigten Front, in der um die Demokratie und den sozialen Gehalt der jungen Republik gekämpft wurde. Es ist der erste entscheidende Vorstoß der republikanischen Rechte, hinter der drängend und treibend die monarchische und klerikale Rechte steht. Soll man nun wirklich glauben, daß das neue Regime die Massen enttäuscht hat, so daß sich ihre Hoffnungen heute einer ausgesprochenen sozialistenfeindlichen Regierung — denn das ist das Kabinett LERROUX — zuwenden?

Daß das Regime in gewissem Sinne die Massen enttäuscht hat, wird man kaum in Abrede stellen können, enttäuscht, wie jede die Bleigewichte der Vergangenheit nach sich schleppende Wirklichkeit die beflügelte Hoffnung und Fantasie enttäuscht. Aber nicht daran, nicht an dem, was sie noch nicht geleistet hat, ist die Regierung Azana gescheitert und mit ihr die sozialistisch-linksbürgerliche Koalition, sondern vielmehr an dem, was von ihr geleistet wurde, und was den Interessen des Volkes zuwiderliefe. Von diesen verletzten Interessen ist die Bewegung ausgegangen, die die Regierung gestürzt hat.

Gewiß hat das sozialistisch organisierte Industrieproletariat Kataloniens ebensoviele wie das verelende Andalusien eine Ahnung gehabt, daß es den Interessen von Ordnung und Besitz diene, wenn es Bomben warf und die Ernten in Brand setzte. Nichtsdestoweniger hat die anarcho-syndikalistische Bewegung der Reaktion die wichtigsten Vorpostendienste geleistet, indem sie das Land nicht zur Ruhe kommen ließ. Nicht, daß sie im Verein mit der zahlenmäßig schwachen kommunistischen Bewegung die Sozialisten als Verräter hinstellte, ist von Unheil gewesen, wohl aber, daß sie die Regierung, in der drei Sozialisten saßen, zu gewaltsamen

Vorgehen gegen Arbeiter zwang. Damit schufen sich die Anarchisten und Syndikalisten — die übrigens untereinander in blutigem Hader liegen — wirksames Agitationsmaterial für die politisch ungeschulten Massen: sehr doch, die Sozialisten lassen auf Arbeiter schießen! Gleichzeitig erweckten sie in bürgerlichen Kreisen den jetzt schon auf Schallplatten gezogenen Schrei nach der „starken Regierung“ und im Ausland, das ja immer nur flüchtig über die eigenen Grenzen blickt, den Eindruck, daß in Spanien die Republik außerstande sei, Ordnung zu halten. Die eigentlichen Sieger über das Kabinett Azana sind die Anarcho-Syndikalisten. Daß sie, deren riesige Waffenarsenale auf fast unerschöpfliche Geldmittel schließen lassen, von den spanischen Monarchisten unterstützt werden, ist wohl nicht nachweisbar, wird aber im ganzen Lande angenommen. Jedenfalls haben sie sich als Saboteure der Republik weit besser bewährt, als Monarchisten und Klerikale zusammen.

Diese Sabotage erschöpft sich nicht in der Wirkung auf die ungeschulten Massen und auf die Nerven des Bürgertums. Die Haltung der Anarcho-Syndikalisten hat auch in den Kreisen der sozialistischen Partei den Gedanken aufkommen lassen, daß die Verantwortung für die Regierung ihrer Werbekraft in den Massen Abbruch täte. Die kurze Erfahrung der letzten Jahre sprach freilich nicht für diese Auffassung. Syndikalisten und Anarchisten sind zahlenmäßig sehr stark, um viele Zehntausende von Mitgliedern, zurückgegangen, während die sozialistische Partei immer breitere Schichten erfaßte. Immerhin meinte man, angesichts der lärmenden Propaganda von links, der sich auch die Kommunisten anschlossen, daß die Partei besser agitieren könnte aus der Opposition als in der Mitverantwortung für die Regierung. Es ist natürlich leichter und wirksamer, die Langsamkeit der Agrarreform zu kritisieren und anzuprangern, als diese Langsamkeit in der harten Wirklichkeit schrittweise zu bekämpfen. Es ist leichter, die Fehler der Erneuerung agitatorisch auszusprechen als sie zum besten der Massen zu verhindern. Es ist auch leichter, auf die Entstehung eines industriellen Proletariats und auf eine neue kapitalistische Entwicklungshöhe zu warten und einseitige Opposition zu treiben, als heute schon verantwortlich einzugreifen und aus dem geglückten Zusammenbruch und der gewaltsamen Erhebung des neuen Spanien möglichst viel Mittel zu späterer Befreiung der Massen zu bergen, unbeirrt durch ihren Schrei nach sofortiger Befreiung — die erarbeitet werden muß und keinem wie ein Lotterietreffer in den Schoß fällt. Die ganze äußerste Linke hat dazu beigetragen, in der sozialistischen Partei für den bequemeren Weg der Opposition zu werden.

Diese Umstellung innerhalb der Partei, die schon bei der letzten Regierungskrise im Juli in der Weigerung der Sozialisten, die Regierung zu übernehmen, zum Ausdruck kam, hat natürlich das Kabinett Azana geschwächt, weil sie zeigte, daß die Sozialisten, die die Hauptstütze des Kabinetts waren, nicht geschlossen hinter ihren Ministern standen. Als dann die neue Krise kam, ist der sozialistischen Partei gar kein Anerbieten mehr gemacht worden. Präsident Zamora nimmt seine Aufgabe als Staatsoberhaupt sehr gewissenhaft im Sinne der Verfassung, aber als gläubigem Katholiken und bürgerlichem Ordnungsmann muß ihm ein Kabinett LERROUX sympathischer sein als eine Regierung unter sozialistischem Einfluß. Daß man ihn glauben machen konnte, mit diesem Ruch nach rechts dem Willen des Landes Ausdruck zu geben, daran ist die kombinierte Aktion von Anarcho-syndikalisten, Rechtsrepublikanern und Monarchisten schuld. Etwas Schuld trifft sicher auch den Ministerpräsidenten Azana, dessen vornehme Ablehnung der Unterstützung durch die Presse wohl ohnegleichen ist: in ganz Spanien gab es nur zwei, sage und schreibe zwei große regierungsfreundliche Zeitungen, „El Liberal“ und „El Socialista“, gegenüber einer Meute regierungsfreundlicher Blätter aller Richtungen, von Vertretern der absoluten Monarchie bis zum „anarchischen Kommunismus“. Azana hat sich als zu freiheitlich und zu demokratisch bewährt, um Freiheit und Demokratie wirksam zu verteidigen. Es sind faschistische Zeiten, auch da,

wo von einer faschistischen Organisation noch so wenig zu spüren ist, wie in Spanien.

Es soll nicht geleugnet werden, daß für die im November anberaumten Gemeindevahlen in den 9500 spanischen Gemeinden der Uebergang der Sozialisten zur Opposition die Wahlagitatorik der Partei erleichtern wird; es sind die ersten Wahlen mit dem Frauenwahlrecht. Ueberhaupt darf man nicht annehmen, daß eine Partei, die im Lande und im Parlament eine so starke Stellung einnimmt, wie die sozialistische, als Oppositionspartei sehr handlich sein und dem Kabinett LERROUX allzu viele reaktionäre Seitenstränge erlauben wird. Dazu ist die spanische Revolution noch zu jung. Man soll nur nicht denken, daß es in Spanien einzig den Syndikalisten und Anarchisten möglich ist, die Massen aufzurufen. Seit das Land Republik ist, hat die sozialistische Partei von dieser Möglichkeit noch wenig Gebrauch gemacht, aber verfehlt ist sie nicht. Auch wird eine politische Kraft wie Azana nicht durch ein Ministerium LERROUX dauernd beiseitegeschoben und brachgelegt. LERROUX übernimmt eine unbequeme Erbschaft. Nicht, wie er es darstellt, weil alles in Grund und Boden gewirtschaftet wäre, sondern weil es ihm nicht leicht sein wird, in seinem Kabinett soviel Hingabe an die Sache, so unermüdeten Eifer und so weiten Blick zu vereinigen, wie in den letzten zwei Jahren in Spanien an der Regierung waren.

Immer muß man sich aber bei der heutigen Wendung nach rechts vor Augen halten, daß sie zustande kam, nicht weil LERROUX durch sein gläubiges „Ich werde regieren“, die Ereignisse seinem Willen untertänig gemacht hätte, sondern nur, weil die sozialistische Partei aus tatsächlichen Gründen die Uebernahme der Regierung abgelehnt hat. Ob sie gut getan, eine Machtposition aus der Hand zu geben in einer Zeit, wo das Recht so wenig gilt, wird sich wahrscheinlich schon in den nächsten Monaten zeigen. LERROUX, der seine politische Laufbahn als Anarchist begann, scheint auch als Siebziger noch ziemlich wandelbar zu sein. Die Kräfte, die ihn zur Macht gebracht haben, werden mit ihren Gegenansprüchen nicht lange auf sich warten lassen. Dann wird die sozialistische Partei Gelegenheit haben, zu zeigen, ob sie in der Opposition die Sache der Arbeiter und der Demokratie besser zu vertreten vermag, als sie es in einer Koalitionsregierung getan hat. Gerade das in den letzten zwei Jahren Geleistete gibt das Recht, hohe Ansprüche an die durch ihre Entschliegung herbeigeführte neue Lage zu stellen. O. O.

Drei Tote in Oesterreich

Blutige Zwischenfälle im österreichischen Kohlengbiet

In der Ortschaft Kohlarbe im oberösterreichischen Kohlengbiet kam es am Sonntag zu Auseinandersetzungen zwischen Heimatbeschützern und Nationalsozialisten, die am Montag ihre Fortsetzung fanden. Nach einer amtlichen Darstellung sind zwei Heimatbeschützer von Nationalsozialisten überfallen worden, die sich darauf in ein Gasthaus zurückzogen, wohin sie verfolgt wurden. Als Gendarmerteilung kam, gingen die Anarchisten in ein anderes Gasthaus, wo sich eine größere Gesellschaft von Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten befand. Als die Polizei die Haupttäter verhaften wollte, ist ihr Widerstand entgegengerichtet worden. Von wiederholter Aufforderung der Gendarmerteilung haben die Anarchisten von ihrem gewaltsamen Vorgehen nicht abgesehen, so daß die Gendarmerteilung, von denen einige verletzt worden waren, von den Schusswaffen Gebrauch machten. Drei Personen wurden durch Schüsse getötet, fünf Personen verwundet.

Der Danziger Volkstag wählte den bisherigen Senator Dr. Biernicki-Keller, der vor einigen Tagen aus dem Zentrum ausgetreten war und sein Amt niedergelegt hatte, auf Antrag der Nationalsozialisten von neuem zum Senator. Das Zentrum enthielt sich der Stimme.

Maria, Oberst Lindbergh und Frau haben Schweden endgültig verlassen. Ihr Ziel ist unbekannt; es verläuft aber, daß sie sich nach Sowjetrußland begeben wollen.

Pariser Spaziergang

Die Geheimnisse der Violette

Die Geschichte von Violette, der achtzehnjährigen Gymnasiastin, die ihre Eltern vergiftete, wird seit Wochen in der Untergrundbahn von Tausenden von Pariser Mädels mit hochroten Wangen gelesen. Da ist jetzt eine Frau von ihrem Mann, einem Zeremonienmeister bei den Begräbnissen, verheiratet worden, und der Eater ist dann nach Italien gefahren und hat sich am Grabe seiner Tochter erschossen, die Tochter wollte Nonne werden und war an einer Lungenerkrankung gestorben. . . . aber auch das verdrängt Violette von ihrem ersten Platte nicht.

Violette, das ist ein ganzer Familienroman, wie alle französischen Meisterwerke, wie „Flaubert, Zola und Mauriac“. Es beginnt schon in der Jugend, wie bei der Bovary. Sie war eine gute Schülerin des Gymnasiums Voltaire, häufig stand „Sehr gut“ unter ihren Aufsätzen, immer war sie eine der Besten. Eben hat das Gericht ihre spanische und englische Grammatik, ihre Geographie-Bücher, die Geschichte Frankreichs angelesen. Viele Lobesworte am Rand. Nach dem Lob ging die Schülerin auf den Strich. Die siebzehnjährigen Mitschülerinnen wunderte es sehr.

Zwei Zeugen haben sich jetzt gefunden, die auslegen, daß Violette die Anlage, der von ihr vergiftete Vater habe sie blutschänderisch gezwungen, schon vor Jahren erhoben hat. Auch sonst hat man einige belastende Funde gemacht und, was das Wertwürdigste ist, nach den Angaben der Tochter hat man ein Botebuch des Vaters aus, ein Kompendium von schwedischen Liedern, hinter denen keine Notizen über Ausgaben und Belegen folgten. Der Ruf des Aletubürgers, der seine guten 4000 Franken im Monat verdiente, eine Säule der Paris-Naun-Mittelmeer-Gesellschaft, ist seitdem etwas verblasst. Die Mörderin macht diese Angaben mit einer fantastischen Genauigkeit. Sind es bloß zünftige Träume des Untergrundgeängnisses — oder traut sie sich noch mehr aus ihrer kranken Seele aus?

Im Dorfe seiner Eltern sitzt inzwischen der gestrauchelte Student Jean, dem sie ihre 100-Franken-Schneide von den Kokottengängen mitgebracht hat. Die Universität Sorbonne wird ihn wahrscheinlich ausschließen, einweilen darf er schon die Stätte der Vandekten, gegenüber der Kuppel der arabischen Männer, des Pantheons, nicht mehr betreten. Er will wahrscheinlich nach Algier unter die Schützen gehen, um seinen Kummer zu betäuben. Wahrscheinlich ist der Vater des jungen Mannes, der ihm monatlich nur 170 Franken schickte, zu denen die Mutter heimlich noch 80 Fr. aufstreckte, an einem großen Teil des Glücks schuld.

Als Violette vom Schicksal ihres Liebsten erfuhr, hat sie sehr geweint. Der Liebding selbst war robust; die Hyänen der Presse haben ihn in einer Kneipe beim Kartenspiel mit drei Kumpanen aufgeschüßelt. Vielleicht verheiratet er jetzt mit den vier Farben, nachdem die Liebste hochging, den knapp gehaltenen väterlichen Eater.

Die Beine des Dichters Konrad

Da ist der Mittagsstich für Künstler zu fischen von Montmartre: Cercle Konrad. In der Turnhalle, wo ein Klavier zwischen den Barren hängt und eine Opernsängerin abt, gibt es Vorlesung und Notwein, Braten, Gemüse und Waffeln für ganze 3 oder 2 Franken. Vor der Küche steht angeschlagen. Die Worten öffnen sich auch den deutschen Hühlingern, zeigt ihnen Kameradschaft!

Dies ist eine gute und schätzenswerte Erbschaft an jenes toten Meisters Konrad, der vor vierhundert Jahren am Hofe von Paris Oden sang, und auf dessen Stein in Tours die Rede und die Worte wächst. Er selbst, die Beine des Sängers aber sind verschwunden. Sie haben die Abtei Saint-Cosme im Herzen Frankreichs oftmals abgegraben. Aber der Alte ist fort.

D Frankreich, dies war Dein Hofsänger — aber da ist noch einer aus dem Volk, Francois Villon, Genie und Säuler wie nur einer. Aber dessen Beine braucht Du gar nicht zu suchen, die hängen am Galgen, denn dieser große Kerl war ein Strauchdieb. Aber seine Verse sind von solcher Schönheit, daß sie noch nach Jahrhunderten als Verleben in die Dreigroschenoperen geraten sind. Und im Bettler-Gewand,

mit tolen Stiefeln laufen sie noch heute als „Opera des quatre sous“ nachts in den alten Gassen an der Seine herum. Du kannst sie abends auch unter den Seinerbrücken sehen!

Ja, und Du, Altmeister Villon, wenn Du auch keine Beine hast, Du bist doch jetzt endlich zu Geld und Rotwein und gutem Bourgeois gekommen und vereint mit die Künstler mit leeren Bauch“ für 2, 3 Franken im Cercle Francois Villon am Bahnhof Montparnasse — wo die Kaiser des besonnenen Affs aus den billigen Ateliers und all die verkannten Genies und auch da wieder deutsche Nachtlinge den Vater der Dichtung ehren Dank Dir, Franzose, während in Deutschland wohl 8 von den 9 Russen schon in Dackau sind! Villon in Paris

Es ist leider wahr, daß der Franzosen-Film sich schwer von der Wa trennen kann. Noch zwei Jahre laufen die Verträge. Aber Hollywood hat jetzt einen großen Block vor die Hollywood-Welle-Kamera geschoben: Pommer dreht hier an den Seinerorten, gestaltet Paris zum Zentrum europäischer Filmkunst. Fritz Lang beginnt mit „Villon“, einem Wien mit Montmartre-Gden und den Reliefs der malerischen Vorstädte, durch die Charles Boyer in den Himmel lacht. Dann ein Polizeifilm von Ophüls, der schon bald ein Nachfolger von dem guten König Heinrich mit dem Suppenlopf ist, weil er nun schon fünf Monate lang den Ribinettes die „Viebler“ verabschiedet. Schließlich Villon darven mit einer künftigen Filmoperette. Erich Pabst hat inzwischen, nach seinem „Don Quixotte“, mit einem ungarischen Film losgelegt, der schon zehn Jahre nach der „Hendlofen Gasse“ in deren Art spielen soll, mit Sotoloff und Marga Von.

Pommer, Lang, Pabst, sonstige deutsche Filmkronen: Viele Hundert arme Leute, Emigranten auf Feldbetten, mit Offensaffen und keinem Sou in der Tasche, reden in den Baracken von St. Mour jenseits der Seine von Vincennes, vor den Toren von Orleans und Italic, in der melancholischen Einde am Salachhof Villotte, auf den abgetragene Forts im Mateotti-Comite (21 Rue Casagette). Dort ist, deutsche Filmkronen, nehm Euch dieser abgetragenen Forts an! Baptiste.

Besuch den Reichstagsbrandprozess!

Das wird ein Theater! Das wird ein Tamtam!
Was wird dann Prunk man entfalten!
Denn das Festprogramm war das einzige Programm
Das Hitler je eingehalten.
Und das einzige Werk, das in Gang er gesetzt,
War doch das Feuerwerk bis jetzt.

Das wird ein Theater! Die Rollen sind schön
Verteilt von Lütke bis Papen.
Kein Mensch wird hinter die Bühne sehn,
Die Kulissenregie wird klappen!
Denn reicht die Nazitromantik nicht mehr,
Dann muß die Pyromantik her.

Göring, Spielleiter und Dramaturg,
Wird die Helgenrede erhalten.
Lütke den „Schurken“. Und Hinderburg
Gibt prächtig den „komischen Alten“.
Wenn ein Intrigant den Faden verliert,
Dann wird nachdrücklich ihm souffliert.

Beifall klacht zu dem Stück die SA.
Mit Peitschen auf Arbeiterknochen.
Herr Göbbels ist als Claquechef da
Und hat auch Kritik lob verprochen.
Ein Welttheater, wie's Dauterich nie sah!
Ausverkauft ist seit Wochen!
Welch Galapremiere! Hell und hurra!
Doch, pardon, ich hätte vergessen beinahe
Eine Kleinigkeit. Welche? Na ja:
Es wird nebenbei Recht gesprochen.

Hoch klingt das Lied vom braven Mann

Auch wenn er SS-Uniform trägt

Im „Westdeutschen Beobachter“, der in Köln erscheint,
lesen wir:

Vor kurzem hat sich auf dem Volker Meer folgendes
zutragen. Es war an einem heißen Sommermitttag.
An beiden Rheinufern überfüllte Bäder! Jeder lehnte sich
nach dem erfrischenden Raß des Stromes, Geübte und
weniger geübte Schwimmer bevölkerten ihn. Plötzlich be-
merkte ein Kölner SS-Mann von der Volker Rheinwiese
aus einen verzweifelt mit der Strömung kämpfenden
Schwimmer. Sofort sprang er ihm nach. Der Ertrinkende
klammerte sich an seinen Kettler und brachte ihn auf diese
Weise selbst in Lebensgefahr. Zweimal vermochte dieser sich
von der Umklammerung zu befreien, erst dann konnte er
die Rettung ermöglichen. Der auf diese Weise Gerettete
war ein Jude aus der Friedrichstraße. Ohne ein Wort
des Dankes von dem Geretteten oder dessen jüdischen
Freunden erhalten zu haben, zog der SS-Mann von
bannen. — Wie wird die Grenzpropaganda sich zu diesem
Fall verhalten? —

Wie wir, die Grenzpropaganda, und dazu verhalten?
Wenn die nationalsozialistische Presse andernorts die
Wahrheit geschrieben haben sollte, war der SS-Mann ein
braver Kerl.

Wie aber, wenn es ein „verkleideter Marxist“ gewesen
sein sollte? Sind doch die Ausschreitungen der SA und SS
nie nur von „verkleideten Marxisten“ begangen worden!

Schicksal einer deutschen Lehrerin

Aus Altona wird uns geschrieben:

Die Studienrätin eines hiesigen Gymnasiums hatte bei der
Besprechung des Buches von Hitler „Mein Kampf“ einige
Bemerkungen gemacht, die nach Ansicht der Schulaufsicht
nicht „mit den Richtlinien der nationalen Regierung in Ein-
klang zu bringen“ sind. Sie verfiel die Entlassung der
Lehrerin die unter dem Gehalt der „besseren Mädchen“
und den Ruf „Heil Hitler“ die Klasse verlassen mußte!

Heil den Mördern!

Entfernung der Erzberger-Andenken

Auf Veranlassung der Behörden wurden unter Mithilfe
des SA-Sturms von Oberkirch sämtliche Erzberger-
Andenken in der Nähe von Bad Griesbach weg-
geräumt. Auch die große Gedenktafel aus Marmor, die sich
im Keller der Kapelle befand, wurde nach Oberkirch
verbracht.

Zur Leichenschändung kommt also die Kirchenschändung,
und die Bischöfe sehen zu.

Die Erzbergermörder Heinrich Schulz und Heinz
Lilleßen sind nach Deutschland zurückgekehrt. Im
Mannheimer „Dankkreuzbanner“ (Nr. 230) begrüßt ein
Dr. med. Grüniger die gemeinen Mörder wie folgt:

Es ist nicht mehr als Recht, daß wir diesen Vorkämpfern
des völkischen Gedankens öffentlich Glück wünschen, daß
sie nach zwölfjähriger Odyssee wieder in das Deutsche
Adolf Hitlers zurückgekehrt sind, und wir sind stolz dar-
auf, daß diese Männer der Tat wieder zwischen uns im
Vaterlande weilen. Wir wissen, daß Schulz und Lilleßen
in den qualvollen Jahren der Verbannung nie wankend
geworden sind, und daß sie trotz schwerster körperlicher
und seelischer Prüfungen an den endlichen Sieg des Guten,
an Adolf Hitler und seine Bewegung geglaubt haben, in
einer Beharrlichkeit, die ihregleichen loben dürfte. Daß
wir danken wir diesen Braven im besonderen und wir
graben uns die Namen dieser Männer in unser
Gedächtnis ein, wissend, daß die Geschichte einst diese
Tat als noch bedeutender hinstellen wird, als wir sie heute
schon zu sehen vermögen.

Anfänge

Kleine Demonstration in Rendsburg

Aus Kiel wird uns geschrieben:

Zu einem geschlossenen Demonstrationsszuge formierte
sich in Rendsburg ein Trupp Arbeiter, der unter Abhängen
revolutionärer Lieder und Hochrufen auf die Freiheit durch
die Straßen zog. Nach einer kurzen Ansprache gegen Hitler
marschierten etwa 20 Arbeiter nach dem Marktplatz — die
meisten der Demonstranten waren inzwischen fortgegangen
—, wo sich ihnen die Polizei entgegenstellte. Ohne Ge-
waltwehr ließen sich 14 Teilnehmer verhaften. Die Straf-
passanten begleiteten unter höhnischen Zurufen gegen die
Regierung die Polizei und ihre Angehörigen zur Wache.
„Sperrt uns doch alle ein!“ — riefen die Zuschauer. Die
Polizei aber war so langsam, auf die Zurufe nicht einzugehen.
Das ist die erste Demonstration gegen Hitler, von der auch
die gleichgeschaltete Presse Kenntnis geben muß. Sie ver-
sucht allerdings, der Demonstration den Wert zu nehmen,
da sie behauptet, es seien „einige Kommunisten“ gewesen, was
in Wahrheit unzutreffend ist. Die nächste Demonstration
wird nicht lange auf sich warten lassen, aber größer sein!
Denn wer hat heute noch Furcht vor dem Konzentrations-
lager? Ist das Leben in „Freiheit“ nicht daselbst?

Freude für Emigranten

Aus Paris wird uns berichtet:

Am 10. September fand unter Leitung des Präsidenten
der Sektion locale der Liga für Menschenrechte, Paul
Deflèque, eine feierliche, zu der man eine Anzahl Emi-
granten nach Pavillon Louis-Bois eingeladen hatte. In auf-
opfernder Sprache verurteilten die französischen Gastgeber, ihre
Gäste das traurige Los der Emigration veranlassen zu lassen.
Bei der gemeinschaftlichen Feier am Nachmittag wurde
ein Kranz am Denkmal von Jean Jaures niedergelegt,
„dem ersten Gefallenen des Weltkrieges“. Bei dieser Ge-
legenheit sprach der bekannte Pariser Hellmuth v. Gerlach
über die notwendige Völkerverständigung und Völkerverständigung.
„Gegenseitige Kenntnis der Sprache und Austausch der
Gedanken waren die unbedingte Voraussetzung hier“. In
dem gleichen Sinne sprach u. a. auch der sozialistische Bürger-
meister von Pavillon Louis-Bois, Mr. Fischer. 9-4 der ori-
ginellen Feier blieben Gastgeber und Gäste bei künstlerischen
Rezitationen und Musikvortrügen noch lange Zeit zu-
sammen.

BRIEFKASTEN

Schweiz, Zeitungsauschnitte mit dem Bericht über das Drama
von Bagdad sind uns und aus vielen Orten der Schweiz zugegangen.
Allen danken wir.

Jerusalem. Wir haben die Notiz über die „Jüdische Rundschau“,
die uns vom Jüdisch-Büro zugegangen war, bedauert. Wir brau-
chen Ihnen wohl kaum zu versichern, daß uns jede feindselige Ab-
sicht gegen den Zionismus, der von soviel bedeutenden Männern
aller Rassen, aller Konfessionen gefördert wird, vollkommen fern-
liegt. Das haben unsere objektiven Berichte über den zionistischen
Kongress bewiesen. Doch wir zu den innerjüdischen Konflikten nicht
Stellung nehmen oder gar Partei ergreifen wollen, ist selbstver-
ständlich.

Antwerpen. Das „Vogel“ ist sehr nett. Wir haben freilich Gedichte
dieser Art schon häufig veröffentlicht, so daß wir für diesmal ver-
zichten möchten. Jeden Morgen hüpfen zahlreiche Verse über unsere
Schreibtisch. Der vielgeplagte Redakteur hat nicht geringe Mühe,
um sie zu exzerptfähigen Schlagzeilen zu ordnen.

G. S. Rijza. Vielen Dank, sehr hübsch, wird gedruckt.

Holland. Der Brief mit den indirekten Grüßen aus Berlin ist
angekommen. Allerdings konnten wir den Verfasser nicht eraten,
da wir Ihre Handschrift nicht kennen. Natürlich verstehen wir, daß
Sie die Anonymität wahren. Grüße in Berlin!

Dr. J. Strahburg. Dank für alle Einfendungen und Ueber-
legungen. Ihre Anregung, einen Aufruf zu erlassen, werden wir
uns überlegen.

A. W. Neuworf. Brief und Einlage sind angekommen. Die Zu-
schrift wird abgedruckt.

J. C. Amsterd. Ihre Anregung ist wertvoll. Wir selbst haben
 zwar nicht die Zeit, sie zu verwirklichen, aber wir glauben, einen
 Bearbeiter gefunden zu haben.

W. in G. Wir bitten um genaue Adresse.

W. — Jolikon. Wir bitten um nähere Adressenangabe.

Sehen nicht verlieren. Liebe Sozialistischer Freunde! Das geht
nicht! Der Herz ist gut, aber für empfindliche Nasen peinlich. Sie
werden das begreifen.

H. B. Franensfeld. Ueber das Drama in Bagdad lagen zunächst
 nur die deutschen Berichte vor, deren Verlogenheit wir sofort auf-
 gezeigt haben. Was wirklich vorgegangen war, konnte man zunächst
 nur vermuten. Der Schweizer Journalist, der dann die Wahrheit
 beibrachte, hat sich ein Verdienst erworben.

Fran J. W. Zürich. Wir sind weder an irgend ein Religionsbe-
 kenntnis, noch an eine bestimmte Rasse gebunden. Anzeigen für Got-
 tesdienste werden von uns weder den Juden noch den Christen
 abgelehnt werden. Ihren Brief hätten Sie ruhig mit Ihrem vollen
 Namen unterzeichnen können. Solche Kritik kennen wir seit Jahr-
 zehnten; bekümmert hat sie uns nie.

P. Th. Sie schreiben uns unter anderem, daß der nationalsozia-
 listische Kriegervereinsvorsitzende in Gerdau bei Magdeburg die
 Kirchenkasse geplündert hat. Der Mann wird „Deutscher Christ“ sein,
 und soviel wir wissen, kommt das Gebot „Du sollst nicht hehlen!“
 von dem Juden Moses. Ein Antisemit ist also daran nicht gebunden.
 — Der Abbau der sozialen Krankenfallen-Einrichtungen beschränkt
 sich nicht auf Galberstadt, er ist in Deutschland allgemein.

„Kritik der Kritik“. Wir haben nicht die Absicht, in die partei-
 politische Auseinandersetzung im „Neuen Vorwärts“ (Prag) einzugreifen.
 Sie senden zweckmäßig Ihren Beitrag nach Prag.

J. S. Paris. Wir verstehen Ihre Sorgen und möchten Ihnen so
 gerne helfen. Aber vergessen Sie nicht: der eiserne Vorhang ist
 heruntergelassen. Wir haben im Augenblick keine Möglichkeit,
 mit dem Verfasser in Verbindung zu treten. Sobald es gelingt, erhalten
 Sie Nachricht.

G. S. Zürich. Sie teilen uns mit: „Ihre kürzlich veröffent-
 lichte Verurteilung aus dem neubehaupteten Krieg wäre wahrscheinlich
 noch um manchen Namen zu ergänzen, der Ihnen nicht bekannt
 wird. In der Schweizer Zeitung „Der Schweizer Demokrat“ las ich
 vor ungefähr 14 Tagen eine Notiz, daß sich in Rijnacht am Vier-
 waldhäusersee ein deutsches Ehepaar aus Berlin durch
 Genuß von Schlafmitteln das Leben genommen habe. Es han-
 delte sich um einen Augenarzt mosaischer Religion,
 samt Frau.“

M. G. Antwerpen. Sie meinen: „Doppelt genährt hält besser“, und
 rüffeln uns gleich noch ein zweites Mal. Wir waren doch schon
 nach dem ersten Brief ganz zerknirscht. Sollen wir öffentlich Abbitte
 leisten? Wir können unmöglich jeden bei uns einkaufenden Brief
 befragen.

Für den Gesamteinhalt verantwortlich: Johann Vitz in Dud-
weiler; für Inzerate: Otto Kuhn in Saarbrücken. Rotationsdruck
 und Verlag: Verlag der Goldschmiede GmbH, Saarbrücken 2,
 Schützenstraße 5.

Neue Artikel und Patente

meldet an, finanziert und verwertet in

FRANKREICH

Office de Brevets

10, Rue Pauquet . PARIS 16^e

GEGRÜNDET 1914 Rückporto beifügen

Ehevermittlung

„OMNIA“, Paris XX, 12, Rue Pierre Bayle

Bestempfohlener, erfahrener, deutscher
Industrie- u. Wirtschaftsberater
der chemisch-pharmazeutischen Branche übernimmt
wissenschaftliche und kaufmännische Einführung
versierter Fabriksätze für Luxemburg und Belgien.
Offerten unter Nr. 233 (Chiffre).

Nach dem Theater ist die Küche noch geöffnet!
Brezeln, Kuchen, Eis und Torten
jeden Abend bis 10 Uhr
Mittags 12 Uhr bis 2 Uhr
Brezeln, Kuchen, Eis, Torten
Tel. II, 29, 42
11, Rue de Champ-de-Mars (Forêt de St. Mandé)

Emigrant,

gelernter Drogist, seit 10 Jahren im Ver-
waltungsdienst tätig gewesen, zuletzt in
leitender Beamtenstellung, sucht
Arbeit, gleichviel welcher Art
Führerschein 1. Auto u. Motorrad vorh.
Zuschriften erbeten unter „Defre“ an die
„Deutsche Freiheit“

Gelegenheit!

Buch- und Papierhandlung - Leihbibliothek
luxur. Magazin, interess. Geschäft im Zentrum
haupts. kommerz. Straße, 5 Min. von Paris,
eilig wegen Abreise zu verkaufen. Anw.
Agence Centrale, 59, Rue République, Meudon

Deutsche Auswanderer und Flüchtlinge!

Ihre Interessen in
Deutschland zur
steuerlichen, recht-
lichen, finanziellen,
wirtschaftlichen und
devisenrechtlichen Ge-
biete und der Ver-
mögensverwaltung
werden durch die
Fachleute der
Société
FIDUCIAIRE D.A.L.
(Erbhandlungsgesell-
schaft für Elsass und
Lothringen), Grand
Rue 103, in Strasbour-
g, wahrzunehmen.

PARIS

Stenografie
Deutsch, Fran-
zösisch, Englisch
Maschinenschr.
in u. außer dem
Hause. Gründl.
Einzelunterricht

Offerten erbet. an die
Ausgabestelle der
„Deutschen Freiheit“
Paris, 12, rue Feytaud

Buchhandlung

im Zentrum Antwer-
pens zu günstigen
Bedingungen
zu verkaufen
Anfragen an die Ex-
pedition dieses Blattes
unter N. N. 30

Alte bedeutende Kunstge-
werbefabrik, erstklassige
Marke, sucht

Teilhaber

Einlage garantiert

Offerten an die „Deutsche Freiheit“ unter
Nr. 229 erbeten

An- und Verkauf

Zentraleuropäischer und Südamerikani-
scher Devisen, Effekten und

REICHSMARK

durch das Bankhaus

Georges Perles & P. Michel

34, RUE LAFFITTE . PARIS IX
TELEFON TAITBOUT 98-40 B15 45

Frankreich

Das Abonnement der „Deutschen Freiheit“
beträgt pro Monat 12 Fr. zuzüglich 3,75 Fr.

Porto. Wir bitten dies zu beachten.